

PETER-TOBIAS STOLL

Sicherheit
als Aufgabe von Staat
und Gesellschaft

Jus Publicum

101

Mohr Siebeck

JUS PUBLICUM

Beiträge zum Öffentlichen Recht

Band 101



Peter-Tobias Stoll

Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft

Verfassungsordnung, Umwelt- und Technikrecht
im Umgang mit Unsicherheit und Risiko

Mohr Siebeck

Peter-Tobias Stoll, geboren 1959; 1993 Promotion; 2001 Habilitation; Professor für öffentliches Recht und Direktor der Abteilung für Internationales Wirtschaftsrecht des Instituts für Völkerrecht der Universität Göttingen.

978-3-16-158116-8 Unveränderte eBook-Ausgabe 2019

ISBN 3-16-147871-1

ISSN 0941-0503 (Jus Publicum)

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

© 2003 J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen.

Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Das Buch wurde von Gulde-Druck in Tübingen aus der Garamond-Antiqua belichtet, auf alterungsbeständiges Werkdruckpapier gedruckt und von der Buchbinderei Spinner in Ottersweier gebunden.

Vorwort

Die vorliegende Untersuchung ist im Sommersemester 2001 von der Juristischen Fakultät der Ruprecht-Karls-Universität Heidelberg als Habilitationsschrift angenommen worden. Meinem verehrten Lehrer, Prof. Dr. Dres. h.c. *Rüdiger Wolfrum*, danke ich für die langjährige Förderung und für die Erstellung des Erstgutachtens. Mein Dank gilt auch Prof. Dr. Dr. h.c. *Eberhard Schmidt-Aßmann*, der das Entstehen der Untersuchung mit wesentlichen Hinweisen und Anregungen vorangebracht und schließlich das Zweitgutachten in kurzer Zeit erstellt hat.

Die Untersuchung ist während meiner Tätigkeit als Referent am Max-Planck-Institut für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht in Heidelberg entstanden. Seine Direktoren, neben Prof. Wolfrum Prof. Dres. h.c. *Jochen Abr. Frowein*, haben das Unternehmen mit Interesse begleitet. Dem ganzen Institut und Kollegenkreis danke ich für Ermunterung und vielfältige Hinweise. Für ihre Unterstützung danke ich besonders *Stephanie Franck*, *Christina Gille*, *Anja von Hahn*, *Karen Raible*, *Dr. Martin Braun* und *Christoph Leifer*. Zu Dank bin ich dem Institut auch für die großzügige Gewähr eines Druckkostenzuschusses verpflichtet.

Wichtige Rechtsentwicklungen waren absehbar, als die Arbeit abgeschlossen wurde. Sie sind unter geduldiger und dankenswerter Förderung des Lektorats von Dr. Franz-Peter Gillig recht umfangreich nachgetragen worden, sofern sie Gegenstand und Ergebnisse der Untersuchung betreffen.

Ein besonderer Dank gebührt meinen Kindern Johannes, Paul und Antonia für Aufmunterung und meiner Frau Susanne für Unterstützung und Geduld.

Göttingen, im Herbst 2002

Peter-Tobias Stoll

Für Susanne

Inhaltsübersicht

Inhaltsverzeichnis	XI
Verzeichnis der Abkürzungen	XXXI
<i>Teil 1: Einführung und Fragestellung</i>	1
§ 1 Sicherheit und Risiko	1
§ 2 Sicherheit, Staat und Gesellschaft	2
§ 3 Eigener Untersuchungsansatz	11
<i>Teil 2: Die Gewährleistung von Sicherheit – einzelne Regelungsbereiche</i>	13
<i>1. Kapitel: Innere Sicherheit – Ursprung und Leitbild des Schutzstaates</i>	14
§ 4 Innere Sicherheit – Grenzen des Schutzstaates und das Potential der Gesellschaft	15
§ 5 Technische Sicherheit und innere Sicherheit	18
§ 6 Zusammenfassung	25
<i>2. Kapitel: Unfallversicherung und Arbeitsschutz: Kompensation und Schutz</i>	27
§ 7 Arbeitsschutz und Sozialversicherung: Entwicklungen und heutige Struktur	28
§ 8 Maschinenschutz und Gefahrstoffe	43
§ 9 Zusammenfassung	63
<i>3. Kapitel: Die Sicherheit von Anlagen und Technologien</i>	65
§ 10 Das Anlagenrecht des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Modell	65
§ 11 Die Sicherheit der Kernenergienutzung	146
§ 12 Gentechnik und Gentechnikgesetz	183
§ 13 Das Anlagen- und Technologierecht – Zusammenfassung	212
<i>4. Kapitel: Die Sicherheit von Produkten</i>	213
§ 14 Allgemeine Regelung der Produktsicherheit durch Privatrecht und staatliche Vorgaben	213
§ 15 Sektorspezifische Regelungen	228
§ 16 Zusammenfassung	261
§ 17 Die Gewährleistung von Sicherheit durch Staat und Gesellschaft im Überblick	262

<i>Teil 3: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft</i>	265
1. <i>Kapitel: Funktionen der Sicherheitsgewährleistung als Risikomanagement</i>	266
§ 18 Der Ausgangspunkt: Schutzanforderungen statt Schadensverbot	266
§ 19 Risikoerkenntnis und Wissensproduktion	270
§ 20 Information und Kommunikation	284
§ 21 Sicherheit und technische Entwicklung	295
§ 22 Sicherheit durch Wiedergutmachung und Entschädigung	301
§ 23 Zusammenfassung	318
2. <i>Kapitel: Prinzipien und Grundsätze</i>	319
§ 24 Das Prinzip der Vorsorge	319
§ 25 Rationalität	328
§ 26 Verantwortung	344
§ 27 Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung	356
§ 28 Der Grundsatz der Zeitlichkeit	364
3. <i>Kapitel: Gewährleistung von Sicherheit durch Ordnung</i>	373
§ 29 Ordnung als Ordnung von Interessen	373
§ 30 Regelung und Interessensausgleich	386
§ 31 Durchsetzung und Überprüfung	400
4. <i>Kapitel: Das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft:</i> Bestandsaufnahme und Probleme	408
§ 32 Gewährleistung von Sicherheit durch einen mehrfach gestuften und geteilten Ordnungszusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft	408
§ 33 Chancen und Gefahren einer Differenzierung und Teilung	412
§ 34 Legitimationsfragen des Zusammenwirkens zwischen Staat und Gesellschaft	419
§ 35 Verteilung von Lasten und Kosten	427
§ 36 Zusammenfassung	430
5. <i>Kapitel: Der Beitrag des Parlaments zur Gewährleistung von Sicherheit</i>	431
§ 37 Verantwortung und Aufgaben des Parlaments bei der Gewährleistung von Sicherheit	431
§ 38 Funktionen und Arbeitsformen des Parlaments	437
§ 39 Instrumente der Gesetzgebung unter Unsicherheit	455
§ 40 Zusammenfassung	459
Zusammenfassung in Thesen	461
Literaturverzeichnis	477

Inhaltsverzeichnis

Verzeichnis der Abkürzungen	XXXI
<i>Teil 1: Einführung und Fragestellung</i>	1
§ 1 Sicherheit und Risiko	1
§ 2 Sicherheit, Staat und Gesellschaft	2
I. Das Grundrecht auf Sicherheit und der Schutzstaat	3
II. Sicherheit als Schutz und Freiheit im Verfassungsstaat	5
III. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in heutiger Sicht	8
IV. Die Gewährleistung von Sicherheit im Umgang mit Risiken für Gesundheit und Umwelt zwischen Staat und Gesell- schaft	10
§ 3 Eigener Untersuchungsansatz	11
<i>Teil 2: Die Gewährleistung von Sicherheit – einzelne Regelungs- bereiche</i>	13
<i>1. Kapitel: Innere Sicherheit – Ursprung und Leitbild des Schutzstaates</i> ..	14
§ 4 Innere Sicherheit – Grenzen des Schutzstaates und das Potential der Gesellschaft	15
I. Sicherheit durch Strafe und Strafverfolgung?	15
II. Sicherheit durch allgemeine polizeiliche Gefahrenabwehr	16
III. Private Gefahrenabwehr: Zulässigkeit, Pflicht und staatliche Entlastung	17
IV. Innere Sicherheit und die staatliche Rechts- und Friedensord- nung: eine andere Sicht auf Staat und Gesellschaft	18
§ 5 Technische Sicherheit und innere Sicherheit	18
I. „Technische“ Sicherheit durch Instrumente der inneren Sicherheit?	19
A. Maßnahmen zur Beseitigung von Altlasten nach dem all- gemeinen Polizei- und Ordnungsrecht	19

B.	Technische Sicherheit durch Strafverfolgung?	22
II.	Technik und Gewalt als Problem der inneren Sicherheit	23
A.	Gesellschaftliche Konflikte als Teil des Verfassungslebens	24
B.	Konfliktfestigkeit von Freiheit und Eigentum	24
C.	Der Sicherungsbedarf von Techniken	25
§ 6	Zusammenfassung	25
2. Kapitel:	Unfallversicherung und Arbeitsschutz: Kompensation und Schutz	27
§ 7	Arbeitsschutz und Sozialversicherung: Entwicklungen und heutige Struktur	28
I.	Die Entwicklung von Sozialversicherung und Arbeitsschutz als Antwort auf Industrialisierung und Soziale Frage	28
A.	Die beschränkte Wirksamkeit des Haftungsrechts zur Gewährleistung des Arbeitsschutzes	29
B.	Gewerbeaufsicht und ihre begrenzte Wirksamkeit	30
C.	Private und betriebliche Überwachung und Versicherung	31
D.	Das Unfallversicherungsgesetz von 1884	31
II.	Funktionselemente von Arbeitsschutz und Sozialversicherung	35
A.	Technische Sicherheit durch Standardsetzung und Überwachung in einem dualen System	35
B.	Auftrag und Tätigkeit der gesetzlichen Unfallversicherung	37
C.	Der Sonderfall der Berufskrankheiten	37
D.	Erweiterter Gesundheitsbegriff	39
E.	Zusammenarbeit mit den Krankenkassen	39
F.	Institutionelle Aspekte des Arbeitsschutzes	40
1.	Die Selbstverwaltung der Unfallversicherung	40
2.	Die individuelle und kollektive Teilhabe der Arbeitnehmer am Arbeitsschutz („Arbeitsschutzorganisationsrecht“)	41
§ 8	Maschinenschutz und Gefahrstoffe	43
I.	Maschinen- und Geräteschutz – vom betrieblichen Ansatz zum Produktrecht	43
A.	Arbeitsschutz und Verbraucherschutz	44
B.	Maschinensicherheit – Definition der materiellen Anforderungen	46
1.	Der deutsche Standard: Allgemein anerkannte Regeln der Technik und das Verhältnis zu Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften	46

a.	Der Standard der allgemein anerkannten Regeln der Technik – Verweis auf gesellschaftlich entwickelte Problemlösungen	46
b.	Konkretisierung durch technische Normen – weitergehende Anforderungen?	47
c.	Das Verhältnis zu Arbeitsschutz- und Unfallverhütungsvorschriften	48
2.	Der gemeinschaftsrechtliche Ansatz: Sicherheits- und Gesundheitsanforderungen	49
3.	Bestimmungsgemäßer Gebrauch und Fehlgebrauch: Arbeitsschutz und Warenverkehrsfreiheit	51
C.	Maßnahmen für die Maschinensicherheit	52
D.	Zusammenfassung	53
II.	Arbeitsschutz und Gefahrstoffe	53
A.	Verpflichtungen des Arbeitgebers	54
B.	Rechte der Arbeitnehmer	56
C.	Standards des Gefahrstoffrechts	57
1.	Standardsetzung: Ausschuss für Gefahrstoffe und DFG-Kommission	59
a.	Die Rolle der DFG	59
b.	Das Zusammenspiel der beiden Institutionen	59
2.	Die Standardsetzung in der Praxis	60
§ 9	Zusammenfassung	63
3. Kapitel:	Die Sicherheit von Anlagen und Technologien	65
§ 10	Das Anlagenrecht des Bundes-Immissionsschutzgesetzes als Modell	65
I.	Ursprünge des Anlagenzulassungsverfahrens	65
A.	Gewerbefreiheit und Industrialisierung	66
B.	Polizei- und privatrechtliche Maßnahmen und Ansprüche	66
C.	Die Einführung einer vorwirkenden Anlagenzulassung ...	67
D.	Formen privater Überwachung	67
II.	Schutzzwecke und Grundpflichten	68
A.	Die Schutz- bzw. Abwehrlpflicht	69
B.	Die Vorsorgepflicht nach § 5 Abs. 1 Nr. 2 BImSchG	71
C.	Die Bedeutung der Grundpflichten nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz	73
III.	Das Genehmigungssystem als Verfahren der Eröffnungskontrolle	74
A.	Antragstellung und Sachverhaltsermittlung	74
B.	Erweiterung durch die Umweltverträglichkeitsprüfung ...	75
C.	Öffentlichkeitsbeteiligung und Einwendungen	76
D.	Einwendungen und Erörterungstermin	78

E.	Entscheidung der Behörde und Erlass des Genehmigungsbescheides	79
IV.	Das Genehmigungsverhältnis: Überwachung und nachträgliche Anordnung	79
A.	Das Überwachungsverhältnis	79
B.	Die nachträgliche Anordnung nach § 17 des BImSchG ...	80
1.	Vollzug dynamischer Betreiberpflichten	80
2.	Gründe für die Aktivierung der Betreiberpflicht	82
3.	Verhältnismäßigkeitsmaßstäbe der nachträglichen Anordnung	83
4.	Absehen von Anordnungen bei weitergehender Selbstverpflichtung, § 17 Abs. 3 a BImSchG	85
V.	Steuerung durch Standardisierung	85
A.	Formen, Institutionen und Verfahren der Steuerung durch Standards	87
1.	Standards nicht-staatlicher Organisationen	87
2.	Die direkte untergesetzliche Regelung durch Verordnungen nach § 7 BImSchG	87
a.	Die Verordnung über Großfeuerungsanlagen, 13. BImSchV	88
a.	Weitere Beispiele für Verordnungen nach § 7 BImSchG ...	92
3.	Weitere Verordnungsermächtigungen	92
4.	Untergesetzliche Konkretisierung durch Verwaltungsvorschriften und ihre europarechtlichen Grenzen	92
a.	Verwaltungsvorschriften als antizipierte Sachverständigen-gutachten	95
b.	Normkonkretisierende Verwaltungsvorschriften	96
c.	Umsetzung europäischer Vorgaben	96
B.	Steuerung als Aufgabe der Regierung und die Anhörung beteiligter Kreise	97
VI.	Immissionsschutz und Anlagensicherheit auf der betrieblichen Ebene	98
A.	Der Immissionsschutz- bzw. Störfallbeauftragte	98
1.	Bestellung und Status des Immissionsschutzbeauftragten ...	99
2.	Die Aufgaben des Immissionsschutzbeauftragten	101
3.	Die Kontroll- und Überwachungsfunktion	102
a.	Aufklärungs- und Berichtspflichten	104
b.	Die Hinwirkungs- und Initiativfunktion	104
4.	Der Immissionsschutzbeauftragte und das Vollzugsdefizit ...	105
5.	Änderungsvorschläge	106
B.	Mitteilungspflichten zur Betriebsorganisation	107
C.	Das freiwillige Umweltaudit	108
1.	Das materielle Programm der Öko-Audit-Verordnung	110
2.	Die substantiellen Prinzip: kontinuierliche Verbesserung der Umweltleistung von Organisationen	111

3. Vorgaben für Organisation, Management und Kommunikation	112
4. Standards und Normen für Umweltmanagementsysteme	113
5. Kontrolle und Überwachung	115
a. Gutachterzulassung	115
b. Standards für die Kontrolle der Kontrolleure	116
c. Prüfungsmaßstäbe und Prüfungstiefe	117
i. Systemprüfung und reale Kontrolle	117
ii. Einhaltung des Ordnungsrechts als Prüfungsgegenstand?	118
6. Umwelt-Audit und staatliche Überwachung	119
a. Interventionsrechte der staatlichen Kontrolle	119
b. Öko-Audit und Privilegierung	120
7. Zusammenfassung	122
VII. Das Verhältnis zwischen Betreiber, Nachbarn und der Allgemeinheit	123
A. Abwehransprüche	123
B. Beteiligungsansprüche	125
1. Begründung und Funktion von Verfahrensrechten	126
2. Bedeutung für die Ausgestaltung des Verfahrens	127
3. Die Herleitung von Verfahrensrechten aus dem Gesichtspunkt einer demokratischen Teilhabe	128
4. Kooperationsprinzip	130
C. Besondere Rechte auf Information	131
1. Das Umweltinformationsgesetz	131
2. Die Aarhus-Konvention	133
3. Risikokommunikation	135
a. Störfallträchtige Anlagen	135
b. Abfallverbrennungsanlagen	136
VIII. Entschädigung	137
A. Ansprüche nach dem BImSchG und dem BGB	137
B. Das Umwelthaftungsgesetz	138
IX. Anlagenrecht, neue Technologien und Unsicherheiten	139
A. Genehmigungsfähigkeit und Genehmigung von gentechnischen Anlagen nach dem Immissionsschutzrecht	139
B. Der Elektromog – Regulierung neuartiger Immissionen ..	141
1. Normung und administrative Kontrolle	143
2. Öffentliche Diskussion und Standardsetzung	144
X. Zusammenfassung	145
§ 11 Die Sicherheit der Kernenergienutzung	146
I. Staatliche Ermöglichung und Förderung einer riskanten Großtechnologie: Das Atomrecht im Überblick	146
A. Förderzweck und Schutzzweck	146
B. Genehmigung und Überwachung	148

1.	Atomrechtliche Aufsicht und Aufsichtsmaßnahmen	148
2.	Bestandsschutz, nachträgliche Anordnungen und Widerruf . .	149
3.	Ausstiegsorientierter Vollzug und periodische Sicherheits- überprüfung	150
C.	Haftung	151
II.	Grundlagen des Sicherheitskonzepts des Atomgesetzes	152
A.	Die Vorgaben des Atomgesetzes: Gefahrenabwehr als Ausgangspunkt und die Entfaltung eines differenzierten Maßstabes	152
1.	Die Trias Gefahr, Risiko und Restrisiko in der Literatur	152
2.	Die Kalkar-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts und das Kriterium der praktischen Vernunft	154
B.	Die Konkretisierung des atomrechtlichen Sicherheitskon- zepts – Formen und Verfahren	156
1.	Formen der untergesetzlichen Konkretisierung	157
2.	Institutionalisierte Beratung der Regierung durch gesell- schaftlichen Sachverstand	159
C.	Das Sicherheitskonzept nach seinem Inhalt	161
1.	Der Grundsatz des Strahlenschutzes: Das Strahlenminimie- rungsgebot der Strahlenschutzverordnung	161
2.	Die Regelungen der StrSchVO für den Normalbetrieb	162
a.	Orientierung an der natürlichen Strahlung und ihrer Schwankungsbreite: das 0,3 mSv-Konzept als Rechtferti- gung der Strahlenexposition	163
3.	Die Regeln zur Störfallvorsorge	164
a.	Störfallplanungsdosen: Grenzwerte für Störfälle	164
b.	Der Auslegungsstörfall: Selektion von technischen Ursa- chenzusammenhängen	164
c.	Deterministische und probabilistische Methoden und Risi- kovergleiche	165
4.	Der probabilistische Ansatz und die Problematik katastro- phaler Schäden	167
a.	Die Erfassung der Schädigung einer Vielzahl von Personen als Problem einer auf die Einzelperson bezogenen Sicht	168
b.	Gefährdung der Staatsgesamtheit	168
c.	Ökonomische Argumente: Risikostreuerung als betriebs- wirtschaftliches, gesellschaftliches Kalkül	169
d.	Rechtliche Entsprechung des Aspekts der Risikostreu- ung?	170
e.	Berücksichtigung aller Kosten	170
III.	Der Ausstieg aus der energiewirtschaftlichen Kernenergienut- zung im Konsens	171
A.	Ziele und Verfahren des Ausstieges	171
B.	Einzelheiten der Ausstiegsregelung	172
1.	Ersetzung des Förderzweckes durch den Zweck der geordne- ten Beendigung	172

2. Verbot von Neugenehmigungen	173
a. Pflicht zur Ermöglichung weiterer Kernenergienutzung aus verfassungsrechtlichen Kompetenznormen und Staats- aufträgen	173
b. Grundrechtliche Gebote der weiteren Zulassung der ener- giewirtschaftlichen Kernenergienutzung: individualbezo- gene Grenzen eines staatlichen Konzeptwechsels?	174
3. Geordnete Beendigung des Betriebs der bestehenden geneh- migten Anlagen – nachträgliche Befristung	178
a. Aspekte der Berufsfreiheit	178
b. Grenzen der Eigentumsgarantie	179
IV. Zusammenfassung	182
§12 Gentechnik und Gentechnikgesetz	183
I. Entwicklung und Zwecke des Gentechnikrechts	183
II. Regelungsansatz und Grundpflichten	185
A. Pflicht zur Risikobewertung	186
B. Pflicht zu Gefahrenschutz und -vorbeugung nach dem Stand von Wissenschaft und Technik	188
1. Konkretisierung der Grundpflicht: Sicherheitsstufen für Gen- technische Arbeiten in gentechnischen Anlagen	189
a. Bedeutung der Sicherheitsstufen	189
b. Zulässigkeit der ersten Sicherheitsstufe	190
2. Konkretisierung der Grundpflicht: Freisetzungen und das In- verkehrbringen	192
a. Bestmögliche Gefahrenabwehr und Risikovorsorge	193
b. Unvertretbare schädliche Einwirkungen	193
c. Unvertretbarkeit und Zweckbezug	193
C. Aufzeichnungen und Betriebsorganisation als Grund- pflichten	196
III. Staatliche Kontrolle und Steuerung	196
A. Gentechnisches Arbeiten in gentechnischen Anlagen	197
1. Genehmigungsverfahren	197
2. Anmeldeverfahren	198
B. Freisetzung und Inverkehrbringen – Stufen der Europäi- sierung	200
C. Die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit ..	202
1. Struktur	202
2. Beratungsfunktion	203
3. Einbindung in das administrative Einzelverfahren	204
4. Information der Öffentlichkeit	204
D. Die Information und Beteiligung der Öffentlichkeit nach dem Gentechnikgesetz und nach europäischem Recht	205
IV. Genehmigung, Überwachung und Bestandsschutz	206
A. Reichweite der Genehmigung und weitere gentechnische Arbeiten	206

B.	Überwachung	207
C.	Bestandsschutz und Befristung	207
V.	Haftung	208
VI.	Zusammenfassung	211
§ 13	Das Anlagen- und Technologierecht – Zusammenfassung	212
4. Kapitel:	Die Sicherheit von Produkten	213
§ 14	Allgemeine Regelung der Produktsicherheit durch Privatrecht und staatliche Vorgaben	213
I.	Privatrechtliche Haftung als grundlegendes Element der Gewährleistung von Produktsicherheit	213
A.	Das Produkthaftungsgesetz	214
B.	Die EG-Richtlinie 1999/34/EG: Einbeziehung unverarbeiteter landwirtschaftlicher Produkte	217
C.	Steuerungsleistung von Haftungsregelungen und präventiven Ansprüchen	217
II.	Die öffentliche Regelung der Produktsicherheit	218
A.	Harmonisierung von Produkthanforderungen im Binnenmarkt	218
1.	Die neue Konzeption	219
2.	Die Struktur der europäischen Normung vor neuen Herausforderungen	220
a.	Die Gestaltung der Zusammenarbeit mit der Gemeinschaft	220
b.	Sicherstellung des Vorrangs der europäischen Normung: Die Informationsrichtlinie	221
B.	Das CE-Zeichen: Zertifizierung als Gewährleistungselement der Produktsicherheit	221
1.	Elemente der Selbstkontrolle	222
2.	Konformitätsbewertung durch den Hersteller oder die sogenannten „benannten Stellen“	223
3.	Akkreditierung der benannten Stellen	223
C.	Rückzug der Mitgliedstaaten auf die Nachmarktkontrolle in einer europäischen Verwaltungskooperation	223
D.	Produktsicherheit als „horizontales“ Konzept	224
1.	Das Produktsicherheitsgesetz	224
2.	Das „sichere Produkt“ als materieller Maßstab	225
a.	Schutzgüter	225
b.	Gefahrenbegriff	225
c.	Zu erwartende Verwendung des Produkts	226
3.	Die Instrumente der Produktsicherheit: behördliche Warnungen und der Rückruf	226
III.	Zusammenfassung	227

§15 Sektorspezifische Regelungen	228
I. Schutz vor Täuschung und Schaden: Der Ansatz der Produktsicherheit im Lebensmittelrecht	228
A. Schutz vor gesundheitsschädlichen Lebensmitteln	229
B. Das System der Täuschungsvorsorge im LMBG	230
C. Umsetzung und Durchsetzung	231
D. Die Fortentwicklung des Lebensmittelrechts im Sinne eines Risikomanagements	232
1. Die VO 178/2002 – Risikoanalyse und Vorsorgeprinzip	232
2. Institutionalisierung von Risikobewertung und -management auf europäischer und deutscher Ebene	233
a. Die europäische Behörde für Lebensmittelrecht	233
b. Das Bundesinstitut für Risikobewertung	234
c. Das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit	234
3. Die Verantwortlichkeit von Lebensmittel- und Futtermittelunternehmern	235
4. Information und Beteiligung von Verbrauchern und der Öffentlichkeit	236
a. Die europäische Verordnung 178/2002	236
b. Der deutsche Entwurf eines Verbraucherinformationsgesetzes	236
II. Die europäischen Regelungen zur Sicherheit neuartiger Lebensmittel und Lebensmittelzutaten	237
A. Die Novel-Food-Verordnung	238
1. Zwecke und Anforderungen	238
2. Anzeigeverfahren	240
3. Zulassungsverfahren	240
4. Kennzeichnung	241
B. Der Vorschlag für eine europäische Verordnung über genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel	243
1. Zulassung	245
2. Kennzeichnung	246
C. Vorschlag für eine Verordnung über die Rückverfolgbarkeit und Kennzeichnung	246
III. Sicherheit von Chemikalien	247
IV. Arzneimittelsicherheit	249
A. Die Unbedenklichkeit und das System der Arzneimittelkontrolle	251
1. Der Maßstab	251
2. Durchsetzung durch Zulassung und Nachmarktkontrolle	252
3. Haftung	253
4. Regeln für Forschung und Erprobung	253
B. Der Gebrauch innovativer Medikamente vor Zulassung	253

V.	Produktbezogene Regelungen des internationalen Wirtschafts- und Umweltrechts	255
§ 16	Zusammenfassung	261
§ 17	Die Gewährleistung von Sicherheit durch Staat und Gesellschaft im Überblick	262
<i>Teil 3: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft</i>		265
1. Kapitel:	Funktionen der Sicherheitsgewährleistung als Risikomanagement	266
§ 18	Der Ausgangspunkt: Schutzanforderungen statt Schadensverbot	266
I.	Keine Gewissheit in Wissenschaft und Technik	267
II.	Schadensrisiko als Preis der Zweckerreichung und seine Regelung	269
III.	Regelung und Kontrolle als Kernfunktionen	269
§ 19	Risikoerkenntnis und Wissensproduktion	270
I.	Das Gebot der Wissenschaftlichkeit und seine methodischen und prozeduralen Folgen	271
A.	Abschichtung gegenüber der Technik und Erfahrungsregeln	272
B.	Von der Bewältigung zur organisatorischen Einbindung des wissenschaftlichen Streits	272
C.	Eingrenzungen und Vorfragen	272
D.	Ebenenspezifische Strukturierung des Wissenschaftlichkeitsgebotes	273
1.	Prozedurale Regelung der Risikoerkenntnis in Einzelverfahren	273
2.	Institutioneller und personaler Ansatz in der Standardsetzung	273
a.	Institutionelle Anleitung der Risikoerkenntnis in der privaten Standardsetzung: Die Koordinierungsstelle Umweltschutz beim DIN	274
b.	Die staatliche Standardsetzung	274
c.	Umweltverträglichkeitsprüfung in der Standardsetzung? ..	274
d.	Die Richtlinie 2001/42/EG über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme	275
II.	Die Zuordnung von Erkenntnisleistungen zwischen Staat und Gesellschaft	277
A.	Inanspruchnahme gesellschaftlichen Risikowissens auf der Standardisierungsebene	278
B.	Risikoerkenntnis als Verursacherpflicht auf der Einzelfallebene	278

C.	Der Stand der Wissenschaft als Grenze der Risikoerkenntnis	280
III.	Wissensproduktion und Forschungsbedarf	280
A.	Risikoerkenntnis als Lernprozess und seine Vernetzung	281
B.	Bedarf zusätzlicher Forschung	282
IV.	Zusammenfassung	283
§20	Information und Kommunikation	284
I.	Die Informationsdimension der staatlichen Risikokontrolle ..	285
A.	Information der Verwaltung durch pflichtige Betreiberangaben und deren Verifikation	285
B.	Nachbarn und Öffentlichkeit: Verfahrenskommunikation in der verwaltenden Risikokontrolle	286
1.	Verfahrensinformation	286
2.	Information über den Verfahrensgegenstand	287
C.	Information als Handlungsform und Instrument der verwaltenden Risikokontrolle	287
1.	Öffentliche Warnungen als Handlungsform der Verwaltung ..	287
2.	Anordnung der Risikokommunikation, von Warnungen und Rückrufen	288
D.	Informationsrechte zur Kontrolle des Staates durch die Öffentlichkeit	289
II.	Der Informationszusammenhang von Gesellschaft und Markt und staatliche Informationstätigkeit und -eingriffe	290
A.	Warnung vor gefährlichen Produkten	291
B.	Schutz vor Fehlvorstellungen mit Gesundheitsbezug	291
C.	Informationen als Instrument der „Konsumentendemokratie“	292
III.	Information als Wirksamkeitsvoraussetzung der Rechtsverfolgung	293
A.	Besondere Auskunftsansprüche, Beweislastregelungen und Ursachenvermutungen	294
B.	Anlassinformationen	294
IV.	Zusammenfassung	294
§21	Sicherheit und technische Entwicklung	295
I.	Technischer Wandel als Risiko und die staatliche Kontrolle ...	296
II.	Technikstandards als Mittel der staatlichen Risikoregulierung	296
III.	Sicherheit durch technische Innovation	297
A.	Ausrichtung der technischen Entwicklung an Rahmenbedingungen	298

B.	Beschränkte Innovationsanreize durch Standards und Haftung	298
C.	Innovationsanreize durch staatliche Förderung	299
D.	Die rechtliche Regelung des Vorgangs von Forschung und Entwicklung	299
IV.	Zusammenfassung	300
§ 22	Sicherheit durch Wiedergutmachung und Entschädigung	301
I.	Möglichkeiten und Grenzen des Haftungsrechts	301
A.	Probleme des Kausalitätsnachweises, insbesondere Summations- und Distanzschäden	302
1.	„Unechte Summationsschäden“, Verursachermehrheit und Marktanteilshaftung	302
2.	„Große“ Summations- und Distanzschäden	303
B.	Informationsasymmetrien	303
C.	Lasten und Kosten der Rechtsdurchsetzung	304
D.	Vorgaben der verwaltenden Risikokontrolle und gesetzliche Haftungsausschlüsse	304
II.	Erweiterung des Haftungsrechts im Hinblick auf Umweltschäden	305
A.	Wiederherstellung von Natur und Landschaft	305
B.	Schadensersatz nach § 22 WHG	306
C.	Die Entwicklung einer originären Umwelthaftung	307
1.	Völkerrechtliche Ansätze zu einer Umwelthaftung	307
a.	Haftung für Umweltschäden in besonderen völkerrechtlichen Haftungsregelungen	307
b.	Die Lugano-Konvention	310
2.	Der Vorschlag der Kommission für eine Richtlinie über Umwelthaftung betreffend die Vermeidung von Umweltschäden und die Sanierung der Umwelt	311
a.	Schutzgüter und Haftungsschwellen	311
b.	Verpflichtete und die Primärpflicht der Schadensvermeidung und Sanierung	312
c.	Das „Haftungselement“: Kostenerstattung und ihre Ausnahmen	313
d.	Durchsetzung durch Betroffene und „qualifizierte Einrichtungen“	314
e.	Das Konzept des Richtlinienvorschlags zwischen Umweltpolitik und dem zivilrechtlichen Haftungsmodell	314
D.	Zusammenfassung: Die relative Wirksamkeit des Haftungsrechts im Hinblick auf die Gewährleistung von Wiederherstellung und Entschädigung	315
III.	Wiederherstellung und Entschädigung außerhalb des Bereichs der Haftung	315
A.	Personenschäden und Versicherungen	315

B. Ordnungsrechtliche Ermächtigungen für die Wiederherstellung	316
C. Fondslösungen	317
IV. Ausblick	317
§23 Zusammenfassung	318
2. Kapitel: Prinzipien und Grundsätze	319
§24 Das Prinzip der Vorsorge	319
I. Begriff und rechtliche Grundlagen	320
II. Zwecke und Strukturen der Vorsorge aus der Sicht ihrer öffentlich-rechtlichen Prägung	322
A. Die Risikovorsorge	322
B. Die Ressourcenvorsorge	323
C. Methoden und Maßnahmen der Vorsorge	324
D. Entscheidungs- und Rechtsprobleme der verwaltungsrechtlich angeordneten Vorsorge	325
III. Vorsorge als gesellschaftliche Aufgabe auf der Grundlage des Privatrechts?	326
IV. Vorsorge zwischen Staat und Gesellschaft	326
V. Zusammenfassung	328
§25 Rationalität	328
I. Rationalitätserwartungen an die Wissenschaft	330
A. Rationalität durch Strukturierung von Risikoerkenntnis in prozeduraler Hinsicht	330
B. Die Problematik der Erkenntnis als Maßstab der Entscheidung über die Sicherheit	331
II. Rationalitätserwartungen an das Recht	333
A. Materielle Maßstäbe	333
1. Der Schutz der körperlichen Unversehrtheit und der Gesundheit	333
a. Bewertungsfragen des Gesundheitsschutzes in der Standardisierungspraxis	334
i. Typisierungserfordernisse und der Schutz besonders empfindlicher Personengruppen	334
ii. Standardsetzung bei Einwirkungen ohne Unbedenklichkeitsschwelle und Naturvergleich	335
iii. Abschtung des Arbeitsschutzes	336
iv. Entlastung durch Vorgabe von statistischen Wahrscheinlichkeitsmaßstäben	336
v. Entlastung durch Risiko-Risikovergleiche?	337
b. Zusammenfassung	337
2. Sachgüter	338
3. Wertorientierungen im Hinblick auf die Umwelt	338

4. Vorgaben für die Nutzenseite von Risikobewertungen	339
5. Zusammenfassung: Nicht Wert- sondern Vergleichsmaßstäbe	340
B. Organisatorische und prozedurale Maßstäbe	341
1. Sachrichtiges Entscheidungsprogramm	341
a. Bewertungs- und Abwägungsregeln als Entscheidungsprogramm	341
b. Konditionale Ausrichtung der Kontrollerlaubnis	342
c. Standards als Ergänzung des Begründungszusammenhangs und Anforderung an die ebenengerechte Verteilung des Entscheidungsprogramms	342
2. Interessenberücksichtigung	343
III. Zusammenfassung	343
§26 Verantwortung	344
I. Die Verantwortung des einzelnen	346
A. Verantwortung und Freiheit	346
B. Wirtschaftliche Grundlagen	347
C. Eigen- oder Selbstverantwortung?	348
D. Verursacherprinzip	349
E. Folgerungen aus der Verantwortung des einzelnen	349
1. Folgenanlastung als Folgenverantwortung	349
2. Anlastung der Risikoerkenntnis und Regelung als Ausdruck einer Gegenstands- oder Zuständigkeitsverantwortung	349
3. Betreiberpflichten als Konkretisierung von Verantwortung auch gegenüber Dritten und der Allgemeinheit	350
II. Die Verantwortung des Staates	351
A. Grund und Maßstab der staatlichen Verantwortung	351
1. Die „Mitverantwortung“ als Ausgangspunkt einer Klärung ..	351
2. Steigerung der aus den Schutzpflichten folgenden Verantwortung	351
3. Die Ambivalenz der staatlichen Risikokontrolle	352
a. Verdrängung privater Abwehrrechte als Verantwortungsentlastung Privater durch Ausschluss des Investitionsrisikos	352
b. Eingrenzung von Erkenntnispflichten und Entwicklungsanreizen durch Regelung	353
4. Die Berücksichtigung des eigenen Ermöglichungsbeitrages bei der Bemessung staatlicher Verantwortung	353
B. Begrenzte Folgenverantwortung	353
III. Gemeinsame Verantwortung zwischen Staat und Gesellschaft und Kooperationspflichten	354
IV. Verwaltungsverantwortung	355
V. Zusammenfassung	356

§27 Freiheit, Selbstbestimmung und Selbstregulierung	356
I. Die Selbstbestimmung über Risiken	357
A. Fallgruppen	357
B. Der Begriff der Selbstbestimmung	358
C. Grundlagen der Selbstbestimmung im Verfassungsrecht ..	359
1. Der Anspruch auf Information als Voraussetzung der Selbst-	
bestimmung	359
2. Die Freiheit zum Bezug gefährlicher Produkte und ihre	
Durchsetzbarkeit	360
3. Selbstbestimmung und Mitbestimmung im Arbeitsschutz ...	360
D. Grenzen der Selbstbestimmung	361
1. Grenzen der eigenen Selbstbestimmungen: Suchtwirkungen .	361
2. Gesellschaftsbezug – Mitverantwortung und Versichertenge-	
meinschaft	361
3. Keine Ausstrahlungswirkung der Selbstbestimmung auf An-	
bieter von risikoträchtigen Produkten	362
E. Zusammenfassung	362
II. Selbstkontrolle und Selbstregulierung in der Gesellschaft	362
A. Selbstkontrolle und Selbstregelung in Verfahren der admini-	
strativen Risikokontrolle	363
B. Organisationsformen der gesellschaftlichen oder staatsfer-	
nen Risikokontrolle – Staatliche Obliegenheiten	363
C. Zusammenfassung	364
§28 Der Grundsatz der Zeitlichkeit	364
I. Die Eigenzeitlichkeit von Zuständen, Interessen und Verfah-	
ren	365
A. Der Wandel tatsächlicher Umstände	365
B. Das Zeitprofil von Interessen	366
C. Die Eigenzeitlichkeit von Entscheidungen und Verfah-	
ren	366
II. Rechtliche Grundsätze zum Umgang mit Zeit	367
A. Aktuell wirksamer Schutz der Grundgüter und Vorsorge .	367
B. Nachgenerationenschutz: zeitliche Erweiterung der Inter-	
essenperspektive	368
C. Die Rechtssicherheit in zeitlicher Perspektive	368
1. Vertrauens- und Bestandsschutz	369
2. Vorhersehbarkeit und Berechenbarkeit staatlichen Handelns .	369
3. Grundsatz der nachhaltigen Entwicklung	370
D. Mechanismen und Elemente der Zeitsteuerung	370
1. Die Periodisierung von Regelungen: nachträgliche Anord-	
nungen und Befristungen	371
2. Realisierung vor Abschluss des Zulassungsverfahrens	371
III. Zusammenfassung	372

3. Kapitel: Gewährleistung von Sicherheit durch Ordnung	373
§29 Ordnung als Ordnung von Interessen	373
I. Interessensgewährleistung durch Güterzuordnung	374
A. Das Interesse an Sachen	374
B. Menschliche Gesundheit als Individualinteresse	375
C. Umweltinteressen als Zuordnungsproblem	375
1. Umwelt als Eigentum? – Umweltnutzung als Freiheit?	375
2. Individuelle oder staatliche Zuweisung kraft Verfassungsrecht?	376
a. Öffentlich-rechtliche Bewirtschaftungsregelungen als besondere Zuordnung an den Staat	377
b. Private Nutzungsrechte und Abgabenslösungen	378
D. Nutzen riskanter Vorhaben und Tätigkeiten	378
E. Zusammenfassung	378
II. Wahrnehmung von Interessen als Aufgabe	379
A. Interessenwahrnehmung durch die Verwaltung	380
1. Schutz der Gesundheitsinteressen zukünftiger Generationen ..	380
2. Nutzen riskanter Vorhaben und Tätigkeiten	381
B. Sicherung von Interessen durch Versicherungssysteme ..	381
1. Gesundheitsinteressen: die gesetzliche Unfallversicherung und die Krankenversicherung	381
2. Umwelt- bzw. Risikogenossenschaften	382
C. Öko-Audit: Wahrung von Umweltinteressen durch Unternehmen	383
III. Organisatorische und verfahrensmäßige Sicherung von Interessen	383
A. Unternehmensstruktur und Sicherheitsregelung: Das Beauftragtenwesen	383
B. Binnendifferenzierung staatlicher Verwaltung	384
C. Bündelung und kollektive Wahrnehmung von Interessen ..	385
IV. Zusammenfassung	386
§30 Regelung und Interessensausgleich	386
I. Die eigene Risikoregelung des Risikoverursachers auf der Grundlage von Rahmenbedingungen	387
A. Steuerbarkeit über Rahmenbedingungen	388
B. Doppelkontrolle durch Zertifizierung und Versicherung ..	388
II. Gesellschaftlicher Interessenausgleich durch Interaktion der Beteiligten	388
A. Interessenausgleich durch vorherige Verhandlung und Vereinbarung	388
B. Risikoregelung über den Markt und die Öffentlichkeit ..	389
III. Verwaltende Risikoregelung	390

A.	Gemeinwohlkonkretisierung, Interessensvermittlung und Akzeptanz	390
B.	Strukturen und Verfahren der verwaltenden Risikokontrolle	391
1.	Die Öffentlichkeitsbeteiligung im Anlagenrecht	391
a.	Informationsbeziehungen	392
b.	Diskurs und Verhandlung	392
c.	Bewertung und Kritik	393
i.	Sachaufklärung und Interessenberücksichtigung	393
ii.	Vermittlungsleistung	393
d.	Verbesserungsvorschläge: Verhandlung und Kontrolle	393
IV.	Standardsetzung	394
A.	Private Standards	395
B.	Staatliche Standards	395
C.	Die Einbeziehung privater Standardisierung in die verwaltende Risikokontrolle	396
1.	Verfassungsrechtliche Grenzen und Anforderungen	397
2.	Mandat und materielle Maßstäbe	397
3.	Verfahren, Interessenbeteiligung und Publizität	398
4.	Staatliche Rezeption als Auffangverantwortung	398
V.	Zusammenfassung	399
§31	Durchsetzung und Überprüfung	400
I.	Vollzug privatrechtlicher Vorgaben	400
II.	Vollzug im Arbeitsschutz	400
III.	Das Problem des Vollzugs im Anlagenrecht	401
A.	Das Vollzugsdefizit	401
B.	Durchsetzung durch Nachbarn und die Allgemeinheit	402
C.	Vorschläge zur Verbesserung des Vollzugs	403
1.	Ausweitung des Drittschutzes auf Vorsorgewerte	403
2.	Verbandsklage	404
a.	Das Beispiel der naturschutzrechtlichen Verbandsklage	404
b.	§41 UGB-KomE	405
3.	Wettbewerbsklage	406
D.	Zusammenfassung	406
4. Kapitel:	Das Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft: Bestandsaufnahme und Probleme	408
§32	Gewährleistung von Sicherheit durch einen mehrfach gestuften und geteilten Ordnungszusammenhang zwischen Staat und Gesellschaft	408
I.	Der unmittelbare Umgang mit riskanten Tätigkeiten oder Zuständen als erster Regelkreis	408
II.	Der soziale Steuerungszusammenhang	409

A.	Staatliche und gesellschaftliche Elemente	409
B.	Schichtung konkreter und abstrakter Steuerung	410
C.	Soziale Steuerung in verschachtelten Regelkreisen als Risiko	410
III.	Ursprünge und Gründe der Teilung und Differenzierung	411
§ 33	Chancen und Gefahren einer Differenzierung und Teilung	412
I.	Sicherheitsfördernde Effekte der Doppelkontrolle und auf- fangenden Gewährleistung	413
II.	Sicherheitsgefährdende Folgen der Differenzierung	413
A.	Private Verantwortungsbeschränkung durch staatliche Regelung	413
B.	Enthftungseffekte durch staatliche Ermöglichung	414
C.	Koordinationsaufwand und Anfälligkeit formalisierter In- formations- und Kommunikationsbeziehungen	415
D.	Verantwortungsparzellierung	415
III.	Vervollständigung gesellschaftlicher Aufgabenzusammenhän- ge und die verbleibende Verantwortung des Staates	416
A.	Stufen staatlicher Verantwortung und Möglichkeiten ei- nes weiteren Rückzugs des Staates	416
B.	Verbleibende Verantwortung des Staates in funktioneller Perspektive	417
1.	Verantwortung für die Funktion des Kontrollzusammen- hangs	417
2.	Ordnungsverantwortung	418
C.	Beobachtungs- und Forschungsverantwortung	418
§ 34	Legitimationsfragen des Zusammenwirkens zwischen Staat und Gesellschaft	419
I.	Öffentlichkeits- und Nachbarbeteiligung: Stärkung oder Gefährdung der Legitimation?	420
II.	Die sachverständige Beratung von Regierung und Verwal- tung	421
A.	Formale Wahrung des staatlichen Letztentscheidungs- rechts und faktischer Einfluss	422
B.	Keine Legitimation im Durchgriff auf die Beratungs- struktur	423
C.	Sachlich-inhaltliche Legitimation und Rationalität	424
D.	Staatliche Entscheidung im Kontext eines allgemeinen und öffentlichen Diskurses	424
III.	Zusammenfassung	427

§35	Verteilung von Lasten und Kosten	427
I.	Kontrolle von Risikoquellen, Risikoerkenntnis und laufende Überwachung	428
II.	Ressourcenvorsorge, ökonomische Instrumente und staatli- che Bewirtschaftung	429
III.	Umwelt- bzw. gemeinwohlgerechten Gestaltung von Wirt- schaftsvorgängen	429
§36	Zusammenfassung	430
5. Kapitel: Der Beitrag des Parlaments zur Gewährleistung von		
	Sicherheit	431
§37	Verantwortung und Aufgaben des Parlaments bei der Gewähr- leistung von Sicherheit	431
I.	Die Verantwortung des Parlaments für Schutzpflichten und Staatsaufgaben	432
A.	Konkretisierung durch das Bundesverfassungsgericht	432
B.	Die Pflichtenstellung des Parlaments im Lichte der Funktionen und Grundsätze der Sicherheitsgewähr- leistung	432
II.	Funktionen des Parlaments	433
A.	Gesetzgebung	433
B.	Regelungsbedarf, Regelungsdichte und die Kompetenz der Verwaltung	433
C.	Der Legitimationsbedarf	434
D.	Die Prüfungs- und Aktualisierungspflicht des Gesetz- gebers	436
III.	Kontrolle der Regierung	436
IV.	Öffentlichkeitsfunktion	437
§38	Funktionen und Arbeitsformen des Parlaments	437
I.	Besondere Berichtspflichten der Bundesregierung	438
A.	Zusammenfassung	439
II.	Institutionelle Formen der parlamentarischen Arbeit	439
A.	Enquete-Kommissionen	439
1.	Funktionen von Enquete-Kommissionen	440
a.	Gesetzgebung und Kontrolle der Regierung	440
b.	Besondere Funktionen	442
i.	Rezeption und Verwertung wissenschaftlicher Er- kenntnisse	442
ii.	Öffentlichkeitsfunktion	442
2.	Zusammenfassung	443
B.	Einzelne Kommissionen	444

1. Enquete-Kommission „Zukünftige Kernenergiepolitik“	444
2. Enquete-Kommission: „Chancen und Risiken der Gentechnologie“	445
C. Zusammenfassende Bewertung der Leistung von Enquete-Kommissionen bei der Gewährleistung der Sicherheit	446
III. Die Technikfolgenabschätzung	447
A. Enquete-Kommission „Technologiefolgenabschätzung- und Bewertung; Rahmenbedingungen für die technische Entwicklung“	448
B. Einsetzung des TAB	452
IV. Die Umweltverträglichkeitsprüfung von Gesetzesentwürfen	453
V. Die Gesetzesfolgenabschätzung	454
§ 39 Instrumente der Gesetzgebung unter Unsicherheit	455
I. Experimentier- und Versuchsgesetze	457
II. Befristete Gesetze	458
III. Moratoriumsgesetze	458
§ 40 Zusammenfassung	459
Zusammenfassung in Thesen	461
Einzelne Regelungsbereiche	461
Anlagenrecht	463
Produktrecht	464
Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft	465
Funktionen	465
Prinzipien	467
Rechtliche Ordnung	470
Das Parlament	473
Ausblick	474
Literaturverzeichnis	477

Verzeichnis der Abkürzungen

a.a.O.	am angegebenen Ort
AbfG	Abfallgesetz
Abl.EG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaft
Abs.	Absatz
AcP	Archiv der civilistischen Praxis
AFAS	Abteilung für angewandte Systemanalyse des Kernforschungszentrums Karlsruhe
AG	Aktiengesellschaft
AgA	Ausschuß für gefährliche Arbeitsstoffe
AGS	Ausschuß für Gefahrenstoffe
AIDS	Acquired Immune Deficiency Syndrome
ALR	Allgemeines preußisches Landrecht
AMG	Arzneimittelgesetz
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
ArbSchG	Gesetz über die Durchführung von Maßnahmen des Arbeitsschutzes zur Verbesserung der Sicherheit und des Gesundheitsschutzes der Beschäftigten bei der Arbeit
ArbStoffVO	Verordnung über gefährliche Arbeitsstoffe (Arbeitsstoffverordnung)
Art.	Artikel
AtG	Atomgesetz
AtVfV	Verordnung über das Verfahren bei der Genehmigung von Anlagen nach §7 des Atomgesetzes (atomrechtliche Verfahrensverordnung)
Aufl.	Auflage
AVR	Archiv des Völkerrechts
BAnz.	Bundesanzeiger
BAPT	Bundesamt für Post und Telekommunikation
BarbBl.	Bundesarbeitsblatt
BAT	biologischer Arbeitsplatztoleranzwert
BauGB	Baugesetzbuch
BayVBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BB	Betriebs-Berater
BBergG	Bundesberggesetz
Bd.	Band
Beil.	Beilage
BetrVG	Betriebsverfassungsgesetz
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BGBL.	Bundesgesetzblatt
BGH	Bundesgerichtshof

BGV	Berufsgenossenschaftliche Vorschriften
BImSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BImSchVO	Bundes-Immissionsschutzverordnung
BMA	Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung
BMFT	Bundesministerium für Forschung und Technologie
BMU	Bundesministerium für Umwelt
BR-Drs.	Drucksache des Bundesrates
BRG	Betriebsrätegesetz
BSE	Bovine Spongiforme Encephalopathy
BT-Drs.	Drucksache des Bundestages
BVerfG(E)	Bundesverfassungsgericht (Entscheidungssammlung)
BVerfGG	Bundesverfassungsgerichtsgesetz
BVerwG(E)	Bundesverwaltungsgericht (Entscheidungssammlung)
bzw.	Beziehungsweise
CDU	Christlich-Demokratische Union
CEN	Comité Européen de Normalisation
CENELEC	Comité Européen de Normalisation Electrotechnique
ChemG	Chemikaliengesetz
CRTD	Convention on Civil Liability for Damage Cause during Carriage of Dangerous Goods by Road, Rail and Inland Navigation Vessels
CSU	Christlich-Soziale Union
d.h.	das heißt
DNA	Desoxyribonukleinsäure
DAU	Deutsche Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft
DB	Der Betrieb
DDR	Deutsche Demokratische Republik
Ders.	Derselbe
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIN	Deutsches Institut für Normung
DM	Deutsche Mark
Doc.	Document
DÖV	Die öffentliche Verwaltung
e.V.	eingetragener Verein
ECE	United Nations Economic Commission for Europe
EG	Europäische Gemeinschaft
EG-Maschinenrichtlinie	Richtlinie des Rates 89/392 EWG für Maschinen
EG-Öko-Audit (-Verordnung)	Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft v. 25.03. 1957, i. d. F. des Amsterdamer Vertrags v. 02.10. 1997 (EG-Vertrag)
Einl.	Einleitung
EMRK	Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten
endg.	Endgültig
EnWG	Gesetz über die Elektrizitäts- und Gasversorgung (Energiewirtschaftsgesetz)

ERK-Werte	Einwirkungs-Richt-Konzentrationen, heute: Auslöseschwellen
EUDUR	Handbuch zum europäischen und deutschen Umweltrecht (<i>Regeling</i> , Hrsg.)
ET	Energiepolitische Tagesfragen
EuGH(E)	Europäischer Gerichtshof (Entscheidungssammlung)
EuGRZ	Europäische Grundrechtezeitschrift
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
f.	Folgende
FAG	Fernmeldeanlagenengesetz
FAO	Organisation für Ernährung und Landwirtschaft der Vereinten Nationen (Food and Agriculture Organisation)
FDP	Freiheitlich-Demokratische Partei
ff.	Fortfolgende
FTEG	Gesetz über Funkanlagen und Telekommunikationsendeinrichtungen
GATT 1947	General Agreement on Tariffs and Trade 1947
GaU	Größter anzunehmender Unfall
GBL	Gesetzesblatt
GefStoffVO	Verordnung zum Schutz vor gefährlichen Stoffen (Gefahrstoffverordnung)
GenTAnhV	Gentechnik-Anhörungsverordnung
GenTAufZV	Gentechnik-Aufzeichnungsverordnung
GenTG	Gesetz zur Regelung der Gentechnik (Gentechnikgesetz)
GenTR/BioMedR	Recht der Gentechnik und Biomedizin (<i>Eberbach/Lange/Ronellenfitsch</i> , Hrsg.)
GenTSV	Gentechnik-Sicherheitsverordnung
GenTVfV	Gentechnikverfahrensverordnung v. 04.11.1996
GewArch	Gewerbearchiv
GewO	Gewerbeordnung
GfAV	Großfeuerungsanlagenverordnung- 13. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes
GG	Grundgesetz
GN	europäische Grundnorm
GOBT	Geschäftsordnung des Bundestages
GSG	Gerätesicherheitsgesetz, Gesetz über technische Arbeitsmittel
GV	Generalversammlung der Vereinten Nationen
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz
HEW	Hamburgische Electricitätswerke AG
HGB	Handelsgesetzbuch
HNS	International Convention on Liability and Compensation for Damage in Connection with the Carriage of Hazardous and Noxious Substances by Sea
Hrsg.	Herausgeber
HStR	Handbuch des Staatsrechts (<i>Isensee/Kirchhof</i> , Hrsg.)
HVBG	Hauptverband der gewerblichen Berufsgenossenschaften
i.d.F.	in der Fassung
ICC	International Chamber of Commerce
Informationsrichtlinie	Richtlinie des Rates v. 28.03.1983 über ein Informationsverfahren auf den Gebieten Normung und technische Vorschriften

InfUR	Informationsblätter Umweltrecht
Insb./insbes.	Insbesondere
ISO	Internationale Standardisierungsorganisation
ITU	Internationale Telekommunikationsunion
IVU-Richtlinie	Richtlinie 96/61 des Rates v. 24.09. 1996 über die integrierte Vermeidung der Umweltverschmutzung
JuS	Juristische Schulung
JZ	Juristenzeitung
KJ	Kritische Justiz
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KTA	Kerntechnischer Ausschuß
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz)
LuftVG	Luftverkehrsgesetz
MAK	maximale Arbeitsplatzkonzentration
MARPOL	International Convention for the Prevention of Pollution from Ships
mg/m ³	[HZ]Milligramm pro Kubikmeter
MfS	Ministerium für Staatssicherheit (der DDR)
MSv	Millisievert
MedR	Medizinrecht
mwN	mit weiteren Nachweisen
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NOEL	no observable effect levels
Nr.	Nummer
NRW	Nordrhein-Westfalen
NuR	Natur und Recht
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NWVBl.	Nordrhein-Westfälische Verwaltungsblätter
NZA	Neue Zeitschrift für Arbeits- und Sozialrecht
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (Organization for Economic Cooperation and Development)
ÖZP	Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft
OTA	Office of Technology Assessment
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWiG	Ordnungswidrigkeitengesetz
ProdHaftG	Produkthaftungsgesetz
ProdSG	Produktsicherheitsgesetz
RdA	Recht der Arbeit
Res	Resolution
RGBI.	Reichsgesetzblatt
RGewO	Reichsgewerbeordnung
RHaftPflG	Reichshaftpflichtgesetz v. 07.06. 1871
RIW	Recht der internationalen Wirtschaft
RKI	Robert-Koch-Institut
Rn.	Randnummer
Rs.	Rechtssache

RSK	Reaktorsicherheitskommission
RVO	Reichsversicherungsordnung
Rz.	Randzeichen
S./s.	Seite/siehe/Satz
Sess.	Session
SGB	Sozialgesetzbuch
SGB I	Erstes Buch des Sozialgesetzbuches. Allgemeiner Teil (I).
SGB III	Drittes Buch des Sozialgesetzbuches (III). Arbeitsförderung.
SGB IV	Viertes Buch des Sozialgesetzbuchs (IV). Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung
SGB V	Fünftes Buch des Sozialgesetzbuchs (V). Gesetzliche Krankenversicherung
SGB VII	Siebtes Buch des Sozialgesetzbuches (VII). Gesetzliche Unfallversicherung
Slg.	Sammlung des Rechtsprechung des Gerichtshofes der Europäischen Gemeinschaften
SNWG	Säuglingsnahrungswerbegesetz
SozR	Sozialrecht
SPS-Übereinkommen	Übereinkommen über die Anwendung gesundheitspolizeilicher und pflanzenschutzrechtlicher Maßnahmen
SSK	Strahlenschutzkommission
StFVO	12. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionschutzgesetzes (Störfallverordnung)
StGB	Strafgesetzbuch
Störfall-VwV	Störfall-Verwaltungsvorschrift
StPO	Strafprozeßordnung
StrSchVO	Strahlenschutzverordnung
StrVR	Gesetz zum vorsorgenden Schutz der Bevölkerung gegen Strahlenbelastung (Strahlenschutzvorsorgegesetz)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
TA Lärm	Technische Anordnung zum Schutz gegen Lärm
TA Luft	Technische Anordnung zur Reinhaltung der Luft
TAB	Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag
TKG	Telekommunikationsgesetz
TKZulV	Telekommunikationszulassungsverordnung
TRK	Technische Richtkonzentration
TÜV	Technischer Überwachungsverein
u.a.	und andere/unter anderem
u.v.a.m.	und vieles andere mehr
UAG	Umweltauditgesetz
UGB – KomE	Entwurf der Unabhängigen Sachverständigenkommission zum Umweltgesetzbuch beim Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit
UIG	Umweltinformationsgesetz
UmweltHG	Umwelthaftungsgesetz
UN GAOR	United Nations General Assembly Official Reports
UN-Charta	Charta der Vereinten Nationen
UPR	Umwelt- und Planungsrecht
USA	Vereinigte Staaten von Amerika
UTR	Umwelt- und Technikrecht

UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
UVPG	Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung
v.	vom/von
VDE	Verband der Elektrotechnik, Elektronik und Informationstechnik
VDI	Verein Deutscher Ingenieure
VersR	Versicherungsrecht
VerwArch	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGB	Verzeichnis der Einzel-Unfallverhütungsvorschriften der gewerblichen Berufsgenossenschaften (VGB-Vorschriften), hrsg. vom HVBG
VGH	Verwaltungsgerichtshof
Vor.	Vorbemerkung
VVDStRL	Veröffentlichungen der Vereinigung der Deutschen Staatsrechtslehrer
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WHO	World Health Organization
WiVerw	Wirtschaft und Verwaltung
WRV	Weimarer Reichsverfassung, RGBl. 1919, S. 1383
WTO	World Trade Organisation
z.B.	zum Beispiel
z.T.	zum Teil
Zeus	Zeitschrift für europarechtliche Studien
ZfU	Zeitschrift für Umweltpolitik & Umweltrecht
ZFW	Zeitschrift für Wasserrecht
ZG	Zeitschrift für Gesetzgebung
ZHR	Zeitschrift für das gesamte Handelsrecht und Wirtschaftsrecht
Ziff.	Ziffer
ZKBS	Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit beim Robert-Koch-Institut
ZKBSV	Verordnung über die Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit
ZParl	Zeitschrift für Parlamentsfragen
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik

Teil 1

Einführung und Fragestellung

§1 Sicherheit und Risiko

Von Sicherheit ist in verschiedenen Zusammenhängen in Gesellschaft und Politik immer wieder die Rede. So wird beispielsweise die Sicherheit der Verbraucher, der Altersvorsorge und die Sicherheit vor Kriminalität angemahnt. In dem Wunsch nach Sicherheit drückt sich ein Grundbedürfnis des Menschen gegenüber Gesellschaft und Staat aus. Die mit dem Begriff der Sicherheit verbundenen Inhalte und Vorstellungen lassen sich kaum abstrakt und positiv beschreiben, sondern werden durch den jeweiligen aktuellen Anlass bestimmt. Von Sicherheit ist die Rede, wenn der Eindruck besteht, dass Vorgänge und gesellschaftliche Zustände sie vermissen lassen. Sie hat dann eine gesellschaftliche Bedeutung, wenn sich Empfindungen des Unbehagens oder der Unsicherheit zu einem gesellschaftlichen Moment verdichten.¹

Unter dem Begriff der Risikogesellschaft ist ein Bild der Gesellschaft gezeichnet worden, das in vielfältiger Form solche Verunsicherungen beschreibt.² Die wirtschaftliche und technische Entwicklung der heutigen Wohlstandsgesellschaft hat danach in vielfältiger Form für den Einzelnen Verluste an sozialer Gewissheit mit sich gebracht. Zudem rufe, so wird argumentiert, die „industrielle Fortschrittsmaschinerie“ Nebenfolgen hervor, die räumlich und zeitlich entgrenzte, meist unsichtbare und oft irreversible Risiken und Gefährdungen mit sich bringen, die das Potential der Selbstvernichtung einschließen.³

¹ Kaufmann, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem: Untersuchungen zu einer Wertidee hochdifferenzierter Gesellschaften, 2. Aufl., 1973, S. 14ff. („Unsicherheit als Zeitdiagnose“); Günther/Meyer, Sicherheit als Wert und individuelles Bedürfnis, in: Klages/Kmieciak (Hrsg.), Wertewandel und gesellschaftlicher Wandel, 1979, S. 218ff.

² Der Begriff wurde maßgeblich von dem Werk von Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, 1986, geprägt, das unter dem frischen Eindruck der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl verfasst worden ist, worauf Prittwitz, Strafrecht und Risiko, 1993, S. 51 zu Recht hinweist. Siehe z.B. Murswiek, Die Bewältigung der wissenschaftlichen und technischen Entwicklung durch das Verwaltungsrecht. 2. Bericht, VVDStRL 48 (1990), 207ff. Aus soziologischer Sicht ist die Begriffsbildung kritisiert worden. Die Kritik weist darauf hin, dass der Terminus „Risiko“ doch oft beherrschbare und beherrschte Vorgänge kennzeichnet, während beherrschbare Zustände – von denen Beck ausgeht – mit dem von ihm allerdings synonym mit dem „Risiko“ verwendeten Begriff „Gefahr“ zu kennzeichnen seien. Sie ist im juristischen Schrifttum bis auf wenige Ausnahmen – Prittwitz, a.a.O., S. 56 – nicht rezipiert worden.

³ Beck, Gegengifte: die organisierte Unverantwortlichkeit, 3. Aufl., 1990, S. 28f. Ähnlich argu-

Die Wirksamkeit der Formel von der Risikogesellschaft beruht wesentlich auf einer besonderen Verwendung des Begriffs des Risikos. Er bezeichnet nach üblichem Sprachgebrauch die Vorstellung, dass etwas Ungewisses durch eingrenzende Beschreibung und Abschätzung des weiteren Verlaufs, der Wahrscheinlichkeit und der Vor- oder Nachteile und durch Festlegung von Pflichten und Ansprüchen handhabbar gemacht werden kann. Mit dem Begriff des Risikos verbindet sich insoweit die Vorstellung von Klärung und Ordnung. Das Bedürfnis nach Sicherheit, wie es oben angesprochen worden ist, kann man als Erwartung verstehen, dass jemand eine solche Klärung und Ordnung vornehmen soll. Solche Erwartungen ergeben sich nicht allein aus berechenbaren Mustern bestehender oder zukünftiger Einflüsse auf Interessen des Einzelnen, sondern viel grundlegender aus der Vorstellung, dass jemand anderes auf ein bestimmtes Geschehen Einfluss hat oder Einfluss nehmen soll. Inhalt und Adressat solcher Erwartungen ergeben sich aus mehr oder weniger verdichteten Anhaltspunkten einer Verursachung oder eines Zusammenhangs. Noch weitergehend kann diese Erwartung durch besondere Möglichkeiten, Versprechen oder Verpflichtungen eines Dritten geweckt werden. Daraus erklärt sich die Beobachtung, Risiken seien nahezu unbegrenzt politisierbar.⁴

In der Formel von der Risikogesellschaft liegt eine Provokation. Sie besteht darin, dass man „Risikogesellschaft“ auch so lesen kann, dass das Risiko sich auf die Gesellschaft im Ganzen bezieht. Die mit dem Begriff des Risikos verbundene Vorstellung der Klärung, Handhabung und Ordnung wird damit ad absurdum geführt. Nicht irgendwelche Sachverhalte, sondern der gesellschaftliche Zusammenhang selbst, der beansprucht, durch Eingrenzung und Zuordnung Risiken handhaben zu können, wird zum Risiko. Insofern ist folgerichtig von einer organisierten Unverantwortlichkeit die Rede gewesen.⁵

§2 Sicherheit, Staat und Gesellschaft

Man wird annehmen können, dass die Protagonisten der Risikogesellschaft ihre Bestandsaufnahme auf das soziale System im Ganzen bezogen wissen wollten. In der Staatslehre ist aber der Befund der Risikogesellschaft ohne weiteres in den Kategorien von Staat und Gesellschaft verstanden worden. Aus dieser Sicht kann und soll der Staat die außer Kontrolle geratene Gesellschaft gleichsam vor sich selbst schützen. Dementsprechend konzentrieren sich die Betrachtungen wesent-

mentiert *Hans Jonas*, *Das Prinzip Verantwortung. Versuch einer Ethik für die technologische Zivilisation*, 1979, S. 62ff. Siehe im einzelnen unten, § 26.

⁴ *Trute*, *Staatliches Risikomanagement im Anlagenrecht. Länderbericht Deutschland*, in: *Riedel* (Hrsg.), *Risikomanagement im öffentlichen Recht*, 1997, S. 55 (103).

⁵ So der Untertitel von *Beck*, *Gegengifte: die organisierte Unverantwortlichkeit*.

lich auf den Staat und seine Aufgaben, die mit Begriffen der Prävention, der Vorsorge oder der Risikovorsorge sehr weitgehend umschrieben werden.⁶

I. Das Grundrecht auf Sicherheit und der Schutzstaat

Wesentliche Unterstützung hat die Betonung staatlicher Aufgaben in diesem Bereich durch eine Entfaltung des Begriffs der Sicherheit in der Staatslehre erhalten. Er bezeichnete lange Zeit lediglich im Sinne einer Kategorisierung die einschlägigen staatlichen Tätigkeitsbereiche der inneren, der sozialen⁷ und der technischen Sicherheit, ohne dass daran weitere rechtliche Aussagen geknüpft waren.⁸ Das Grundgesetz führt die Sicherheit in einigen, aber hier nicht einschlägigen Zusammenhängen an und spricht insbesondere in Art. 24 Abs. 2 von der kollektiven Sicherheit im Sinne der äußeren bzw. der internationalen Sicherheit. Daneben ist im Sinne von Sicherheit als Sicherheit vor willkürlicher Verhaftung und Verfolgung in Art. 5 der Europäischen Menschenrechtskonvention⁹ bzw. Art. 9 des Internationalen Paktes über Bürgerliche und Politische Rechte¹⁰ und Art. 3 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte¹¹ die Rede.¹²

⁶ *Preuß*, Risikovorsorge als Staatsaufgabe, in: Grimm (Hrsg.), Staatsaufgaben, 1994, S. 523ff. (537): „Von der Daseinsvorsorge zur „Systemvorsorge“; *Winter*, Das Recht der Risikogesellschaft, KJ 1998, 518ff.; *ders.*, Brauchen wir das? Von der Risikominimierung zur Bedarfsprüfung, KritJ 1992, 389–404; *Köck*, Risikovorsorge als Staatsaufgabe, AöR 121 (1996), 1ff. (12ff.): „Technologische Risikovorsorge als Staatsaufgabe“; *Wolf*, Zur Antiquiertheit des Rechts in der Risikogesellschaft, *Leviathan*, 1987 357ff., vgl. auch: *Grimm*, Verfassungsrechtliche Anmerkungen zum Thema Prävention, KritV 1986, 38ff.; *Prittwitz*, Strafrecht und Risiko, S. 136ff.

⁷ *Kaufmann*, Sicherheit als soziologisches und sozialpolitisches Problem, S. 91, der darauf hinweist, dass in den USA mit dem Begriff der „social security“ soziale Sicherheit auch institutionelle Bedeutung hat.

⁸ Neuerdings ist auch von Umweltsicherheit die Rede, siehe dazu insbesondere *Carius/Lietzmann* (Hrsg.), Umwelt und Sicherheit. Herausforderungen für die neue Politik, 1998 und darin insbesondere die Beiträge von *Windfuhr*, Die Rolle der Umweltpolitik in der Friedens- und Konfliktforschung, S. 57ff., und *Robloff*, Konfliktforschung und Umweltkonflikte: methodische Probleme, S. 155ff.

⁹ Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4. 11. 1950, BGBl. 1952 II S. 685, 953, zuletzt ergänzt durch Protokoll Nr. 8 v. 19. 3. 1985 BGBl. 1989 II, S. 546.

¹⁰ BGBl. 1973 II vom 19. 12. 1966, S. 1534. Art. 9 lautet: „Jedermann hat ein Recht auf persönliche Freiheit und Sicherheit. Niemand darf willkürlich festgenommen oder in Haft gehalten werden.“

¹¹ Art. 3 der allgemeine Erklärung der Menschenrechte v. 10. 12. 1948 lautet: „Jeder Mensch hat das Recht auf Leben, Freiheit und Sicherheit der Person.“ GV A/Res 217 (III), UN GAOR 3rd. Sess. Part I, Doc. A/810 S. 71.

¹² Siehe auch den 4. Zusatzartikel zur Amerikanischen Verfassung: „AMENDMENT IV: The right of the people to be secure in their persons, houses, papers, and effects, against unreasonable searches and seizures, shall not be violated, and no warrants shall issue, but upon probable cause, supported by oath or affirmation, and particularly describing the place to be searched, and the persons or things to be seized“, The Ten Original Amendments: The Bill of Rights. Passed by Congress September 25, 1789. Ratified December 15, 1791.

In neuerer Zeit ist der Begriff der Sicherheit in einem allgemeineren Sinne für das Verfassungsrecht neu entdeckt worden. Insbesondere *Isensee* hat mit verfassungsgeschichtlichen Bezugnahmen darauf hingewiesen, dass die Gewährleistung von Sicherheit der erste Legitimationsgrund des Staates war und einen bis heute fortwirkenden Zweck des Staates darstellt. Er hat sich insoweit auf *Hobbes* bezogen, für den sich die Menschen im Staat zusammenfinden, um dem Krieg aller gegen alle zu entkommen. Sie geben danach ihr Recht auf unbeschränkte Gewaltausübung auf, um in der Obhut eines Staates aufgehoben zu sein, der das einzige legitime Recht der Gewaltausübung hat und damit Sicherheit bietet, indem er den Einzelnen vor Übergriffen anderer schützt.¹³

Die dogmatische Sprengkraft dieses neuen verfassungsrechtlichen Verständnisses der Sicherheit liegt in dem Brückenschlag zu den Grundrechten unter Anschluss an die in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichtes entwickelten grundrechtlichen Schutzpflichten, die im Sinne eines Grund- bzw. Menschenrechts auf Sicherheit generalisiert werden.¹⁴

Dieser Anstoß ist bereitwillig aufgenommen und zu der Formel vom „Grundrecht auf Sicherheit,“ verdichtet worden. Diese eigentümliche Zusammenführung zwischen dem Begriff der Grundrechte und ihrem Deutungskontext im Verfassungsrecht einerseits und dem untechnischen und in verschiedenen Schichtungen des Staatsverständnisses ansprechbaren Begriff der Sicherheit andererseits ist zunächst für den Bereich der inneren Sicherheit fruchtbar gemacht worden.¹⁵ Es ist nicht zu verkennen, dass der Begriff des Grundrechts auf Sicherheit wesentlich zu einer Neuorientierung beigetragen hat, in der deutlich wird, dass der Schutz der Einzelnen vor Gewalt und Kriminalität grundrechtlich geboten ist. Im Zentrum des Interesses stand dabei eine Diskussion über Aufgaben und Befugnisse der Polizei im deutschen und europäischen Maßstab und dabei insbesondere der Begriff der polizeilichen Informationsvorsorge.¹⁶

¹³ In seiner Schrift *De Cive* heißt es dazu: „Zum Frieden ist vor allem notwendig, dass jeder gegen die Gewalttätigkeit der übrigen soweit geschützt werde, dass er sicher leben kann, d.h., dass keiner einen gerechten Grund habe, andere zu fürchten, solange er selbst ihnen kein Unrecht zufügt. (...) Sicherheit ist der Zweck, weshalb die Menschen sich anderen unterwerfen; und wenn diese nicht erlangt werden kann, so gilt die Unterwerfung unter andere nicht als geschehen und das Recht der Selbstverteidigung kraft Urteils in eigener Sache nicht als verloren. Denn man kann nicht annehmen, dass jemand eher sich zu etwas verpflichtet oder sein Recht auf Alles aufgegeben habe, als bis für seine Sicherheit gesorgt ist.“ (zit. nach *Isensee*, *Das Grundrecht auf Sicherheit*, 1983, S. 4).

¹⁴ *Isensee*, *Das Grundrecht auf Sicherheit: zu den Schutzpflichten des freiheitlichen Verfassungsstaates*, 1983, S. 27f.; *Robbers*, *Sicherheit als Menschenrecht: Aspekte der Geschichte, Begründung und Wirkung einer Grundrechtsfunktion*, 1987, S. 127ff.

¹⁵ Siehe schon *Bull* (Hrsg.), *Sicherheit durch Gesetze?*, 1987.

¹⁶ Siehe *Pitschas/Scholz*, *Informationelle Selbstbestimmung und staatliche Informationsverantwortung*, 1984; *Aulehner*, *Polizeiliche Gefahren- und Informationsvorsorge. Grundlagen, Rechts- und Vollzugsstrukturen*, dargestellt auch im Hinblick auf die deutsche Beteiligung an einem europäischen Polizeiamt (EUROPOL), 1998, S. 428ff.

Auf der anderen Seite ist der Begriff des Grundrechts auf Sicherheit im Bereich eines Rechtsgebiets fruchtbar gemacht worden, das man im Allgemeinen als Umwelt- und Technikrecht bezeichnet. Man kann annehmen, dass die Formel vom Grundrecht auf Sicherheit in diesem Bereich dazu dient, den auch schon vorher üblichen Begriff der Sicherheit mit einer Verfassungs- und mehr noch, einer Grundrechtsdimension anzureichern. Der Gewinn, den man aus der Argumentationsfigur des „Grundrechts auf Sicherheit“ ziehen kann, liegt darin, dass deutlich wird, dass die effektive Gewährleistung von Grundgütern ein aktives Tun, eine Schutzbemühung des Staates voraussetzt, die in der Wirklichkeit wirksam ist. Der Erkenntnisgewinn liegt auch in der Akzentuierung, dass die Tätigkeit der Polizei und der staatlichen Behörden im Bereich des Umweltschutzes dem einzelnen Bürger geschuldet ist, soweit seine Grundrechte betroffen sind und eine Schutzpflicht besteht.

Das so pauschal verstandene „Grundrecht auf Sicherheit“ führt letztlich zu einem Bild des Staates, der als „Schutzstaat“ bezeichnet worden ist und in dem die Schutzaufgabe den Staat und seine Befugnisse wesentlich bestimmt.¹⁷

II. Sicherheit als Schutz und Freiheit im Verfassungsstaat

Die Kritik an einem so zu verstehenden Schutzstaat hat in seinen Grundzügen schon *Locke* in der Auseinandersetzung mit *Hobbes* formuliert. Auch bei *Locke* gründet sich der Staat auf einen Vertrag zum gegenseitigen Schutz, für Sicherheit und ein friedliches Leben. Insoweit knüpft *Locke* an *Hobbes* an. Für ihn ist aber der Staat nicht mehr die Fluchtburg einzelner vor dem Krieg aller gegen alle mit einem absolutistischen Regime. Nach *Locke* leben die Menschen schon im Naturzustand frei, gleich und unabhängig auf der Basis eines Naturrechts zusammen. Der Preis der Sicherheit bei *Hobbes*, die Unterwerfung unter einen absolutistischen Staat in Ansehung seiner Missbrauchsmöglichkeiten, ist für den Menschen bei *Locke* nicht nur zu hoch, sondern unakzeptabel. Er liegt nämlich aus dieser Sicht schlicht in der Aufgabe des Naturzustands der Freiheit. Unsicherheit geht nach *Locke* nicht nur von den kriegerischen Absichten der Mitmenschen, sondern ebenso vom Staat aus. Sicherheit ist damit nicht nur durch, sondern vor allem auch vor dem Staat zu gewährleisten. Das erste Mal ist damit das Verhältnis von Freiheit und Sicherheit angesprochen. Nach *Locke* hat der Staat die Aufgabe, die Entfaltung und Lebensgestaltung des einzelnen zu sichern. Sicherheit liegt in diesem Sinne im Schutz vor Übergriffen Dritter ebenso wie in der Sicherheit vor staatlichen Übergriffen.

¹⁷ Siehe *H.-A. Hesse*, *Der Schutzstaat: rechtssoziologische Skizzen in dunkler Zeit*, 1994, passim. *Prittowitz*, S. 136ff. charakterisiert die Rezeptionsbedingungen des Grundrechts auf Sicherheit in einer Gliederungsüberschrift polemisch wie folgt: „Die unheilige Allianz: Zur gemeinsamen Beschwörung eines Rechts auf Sicherheit der ‚konservativen‘ staatsrechtlichen Position einerseits, der ‚fortschrittlichen‘, ‚radikalökologischen‘ Position andererseits“. Vgl. auch *C. Calhies*, *Rechtsstaat und Umweltstaat*, 2001, S. 12ff.

Diese Argumentationslinien werden in der amerikanischen und französischen Verfassungsentwicklung weiter entfaltet und variiert. So haben sich etwa die amerikanischen Verfassungen des 18. Jahrhunderts auf die Sicherheit bezogen.¹⁸ Von dem europäischen und insbesondere englischen Verfassungsdenken übernimmt die amerikanische Entwicklung den Vertragsgedanken, wonach der einzelne bei Eintritt in den Staat von seinen Rechten abgibt, um Schutz zu erlangen. Missbraucht der Staat seine Macht oder kann er keinen äquivalenten Schutz gewährleisten, so erlangt der einzelne seine vollen natürlichen Rechte wieder.¹⁹ Der Zusammenhang zwischen der Sicherheitsgewährleistung des Staates einerseits und dem Beitrag des einzelnen andererseits, der sich in dem Vertragsgedanken geäußert hatte, ist in der amerikanischen Entwicklung weiter konkretisiert worden.²⁰ Er wird jetzt so eng, dass der Staat fast als eine Art Versicherungsverein auf Gegenseitigkeit erscheint. Typisch dafür ist, dass die Steuern mit der Assekuranztheorie legitimiert werden.²¹

Für die weitere Entwicklung insbesondere der europäischen Verfassungsgeschichte ist das vorrevolutionäre und revolutionäre Frankreich von großer Bedeutung.²² In der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte, beschlossen von der Nationalversammlung am 26. August 1789, heißt es: Ziel jeder politischen

¹⁸ *Isensee*, Das Grundrecht auf Sicherheit, S. 12; *Robbers*, Sicherheit als Menschenrecht, S. 51. In der Virginia Bill of Rights vom 12. Juni 1776 heißt es in Section 3, dass die Regierung zum allgemeinen Wohle, zum Schutz und zur Sicherheit des Volkes der Nation oder Allgemeinheit eingesetzt ist und dass diejenige Regierung die Beste ist, die den höchsten Grad von Glück und Sicherheit hervorbringt. Die Unabhängigkeitserklärung vom 4. Juli 1776 bezieht die Sicherheit auf bestimmte Rechte, zu deren Schutz die Regierung berufen ist. Als solche Rechte werden das Leben, Freiheit, das Streben nach Glück, das Eigentum und die Ehre gezählt.

¹⁹ In der Verfassung von New Hampshire idF. v. 1792, Part I, Bill of Rights, Artikel III kommt dies klar zum Ausdruck „When men enter into a state of society, they surrender up some of their natural rights to that society, in order to ensure the protection of others; and without such an equivalent, the surrender is void.“

²⁰ So heißt es in der Verfassung von New Hampshire weiter „Every member of the community has the right to be protected by it, in the enjoyment of his life, liberty and property; he is therefore bound to contribute his share to the expense of such protection, and to yield his personal service, when necessary, or an equivalent.“ (*Isensee*, Das Grundrecht auf Sicherheit, S. 13).

²¹ *Isensee*, Das Grundrecht auf Sicherheit, S. 13, siehe dazu *Mann*, Steuerpolitische Ideale, 1937, S. 105–111; kritisch dazu *A. Wagner*, Finanzwissenschaft, II. Teil, 1890, S. 217f.; *Haller*, Die Steuern: Grundlinien eines rationalen Systems öffentlicher Abgaben, 3. Aufl., Tübingen 1981, S. 33f. (Bezug zu den Umweltabgaben).

²² *Isensee*, Das Grundrecht auf Sicherheit, S. 14f.; *Robbers*, Sicherheit als Menschenrecht, S. 51ff. Das zeigt schon der Entwurf des Abbé Sieyès über die Menschen- und Bürgerrechte, den er im Juli 1789 dem Verfassungsausschuss der Nationalversammlung vorgelegt hat. Darin heißt es: „Artikel IX: Die Freiheit, das Eigentum und die Sicherheit der Bürger müssten unter einem gesellschaftlichen Schutz stehen, der allen Angriffen überlegen ist. Artikel X: Daher muss dem Gesetz eine Macht zur Verfügung stehen, die in der Lage ist, den einfachen Bürgern Einhalt zu gebieten, die sich unterstehen, die Rechte eines anderen zu verletzen.“, *Sieyès*, Préliminaire de la Constitution. Reconnaissance et Exposition raisonnée des Droits de l'Homme & du Citoyen, 1789. Zitat bei *Schmidt/Reichardt* (Hrsg.), *Sieyès*, Politische Schriften 1788–1790, 1975, S. 242ff. (254).

Gemeinschaft ist die Erhaltung der natürlichen und unveräußerlichen Menschenrechte: „Les droits sont la liberté, la propriété, la sûreté et la résistance à l’oppression“ (Art. 2). Die radikale Kritik des modernen Wohlfahrtsstaates hat diese Gedankenlinien wieder aufgenommen. So findet sich bei *Popper* die Aussage:

„Die Behauptung, dass, wer Sicherheit wünscht, die Freiheit aufgeben muss, ist eine der Hauptstützen der Revolte gegen die Freiheit geworden. Aber diese Behauptung ist falsch. Es gibt natürlich im Leben keine absolute Sicherheit. Aber welche Sicherheit sich erreichen läßt, das hängt von unserer eigenen Wachsamkeit ab, wenn sie durch Institutionen verstärkt wird, die uns helfen, wachsam zu sein – d.h. von *Demokratischen Institutionen*, die erdersonnen sind, um (in platonischer Sprache) der Herde die Beaufsichtigung und Beurteilung ihrer Wachhunde zu ermöglichen.“²³

Diese Aussage variiert eine alte Erkenntnis, die sich schon bei *Hobbes* findet:

„Allerdings ist es unmöglich, die Menschen gänzlich vor gegenseitigen Schädigungen zu schützen, so dass sie weder durch Unrecht verletzt, noch getötet werden; darauf darf es hier also nicht ankommen ...“.²⁴

Die Erkenntnis, dass auch der Staat am Ende keine absolute Sicherheit gewährleisten kann, wird damit bei *Hobbes* schon deutlich und von *Popper* später erkenntnistheoretisch in dem Sinne fundiert, dass es keine absolute Wahrheit gibt, die einen absoluten Staat legitimieren kann. Das Staats- und Menschenbild des Grundgesetzes folgt dieser Erkenntnis in die beschränkte Möglichkeit, Wahrheit zu erkennen und mit dem Staat Sicherheit zu gewährleisten. Aus ihr folgen die Freiheitsrechte, das Demokratieprinzip und die dadurch vorgezeichnete Trennung zwischen Staat und Gesellschaft.²⁵

Von *Hayek* hat an diese Überlegungen angeknüpft und den Wohlfahrtsstaat unter dem Begriff des „angemessenen Wissens“ kritisiert. Nicht er, sondern die Gesellschaft verfüge über die besseren Informationen und könne damit ihre Angelegenheiten besser selbst regeln.²⁶ Deutlich ist damit die Frage der Verfügbarkeit von Informationen als Maßstab der Verteilung von Aufgaben zwischen Staat und Gesellschaft angesprochen.

Die Kritik betrifft allerdings eher das Grundrecht auf Sicherheit in seiner geläufigen Rezeption denn den Begriff der Sicherheit an sich. Letzterer ist weiter entwickelt worden: So soll nach *Denninger* „Sicherheit, Vielfalt, Solidarität“ an die

²³ *Popper*, Die offene Gesellschaft und ihre Feinde, Bd. 1, 1957, S. 431, Hervorhebung im Original. Es verwundert nicht, dass *H.-A. Hesse* diesen Ausspruch seinem außerordentlich kritischen Werk vorangestellt hat.

²⁴ *Hobbes*, zitiert nach *Isensee*, Das Grundrecht auf Sicherheit, S. 4.

²⁵ *Böckenförde*, Demokratie als Verfassungsprinzip, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. I, (HStR I), 1995, § 22, S. 887; Rn. 58ff.; *Rupp*, Die Unterscheidung von Staat und Gesellschaft, in: HStR I, 1995, § 28, S. 1187, Rn. 17ff.

²⁶ *von Hayek*, Die Verfassung der Freiheit, 2. Aufl., 1983, S. 33ff.; *ders.*, Die Anmaßung von Wissen, ORDO 26 (1975), 12–21; siehe dazu: *Streit*, Wissen, Wettbewerb und Wirtschaftsordnung – Zum Gedenken an Friedrich August von Hayek, in: *Francke* (Hrsg.), Ökonomischer Individualismus und freiheitliche Verfassung, 1995, S. 147–185, insb. S. 159ff., 166.

Stelle von „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ treten,²⁷ wobei Sicherheit als Rechtssicherheit, Sichersein der Bürger im Hinblick auf ihr Recht und als Rechtsgütersicherheit verstanden wird.²⁸ Damit werden die wesentlichen verfassungsgeschichtlichen Linien der Sicherheit: der Schutzaspekt und der Freiheitsaspekt – hier erweitert um den Aspekt der Rechtssicherheit – wieder aufgenommen. Eine solche Sicht stellt nicht die Aufgabe des Staates in Frage, Schutz zu gewährleisten. Letzteres kommt mit dem Begriff der Rechtsgütersicherheit zum Ausdruck. Anders als bei der Vorstellung eines Grundrechts auf Sicherheit bleiben hier aber die freiheitlichen, demokratischen und rechtsstaatlichen Gehalte des Begriffs der Sicherheit und ihre Spannungslage zu der staatlichen Schutzaufgabe gleichwertig mitberücksichtigt. Ein beachtenswerter Versuch, die zwei Seiten der Sicherheit absichtend zu verdeutlichen, ist jüngst mit der Unterscheidung zwischen privater und öffentlicher Sicherheit unternommen worden.²⁹

III. Das Verhältnis zwischen Staat und Gesellschaft in heutiger Sicht

Der moderne Wohlfahrtsstaat hat nicht mehr die Übersichtlichkeit des liberalen Staates in der Vorstellung von *Locke*. Er verfügt über eine Dimension der Sozialstaatlichkeit in dem Sinne der sozialen Sicherheit.³⁰ Seiner Tätigkeit sind keine klaren verfassungsrechtlichen Grenzen gesetzt. Er ist „... zur Kompensation aller erdenklichen Defizite, Benachteiligungen und Strukturängel angehalten ...“ und „... [stößt] auf immer weniger natürliche Tätigkeitsgrenzen ...“³¹.

Er verfügt aber auch nicht mehr über die Selbstgewissheit und den Steuerungs-optimismus, der einst die Kritik von *Popper* und von *Hayek* herausgefordert hat. In einer breiten Debatte wird seit längerer Zeit das Aufgabenspektrum des Staates und seine Tätigkeit unter dem Gesichtspunkt der Überforderung und seiner sinkenden Leistungsfähigkeit und Steuerungsfähigkeit diskutiert und danach gefragt, welche Aufgaben in die Gesellschaft zurückverlagert oder jedenfalls unter ihrer Beteiligung erfüllt werden können. Dabei geht es nicht nur um die deutlich gewordenen Grenzen seiner Kapazität und insbesondere der öffentlichen Haushalte, sondern auch darum, dass die dem Staat angetragenen Aufgaben komplexer und unübersehbarer geworden sind und nicht mehr mit den klassischen Instrumenten bewältigt werden können.³²

²⁷ *Denninger*, Vielfalt, Sicherheit und Solidarität, S. 23ff.

²⁸ A.a.O., S. 47f.

²⁹ *Nitz*, Private und öffentliche Sicherheit, 2000, S. 26ff.

³⁰ Siehe dazu *Isensee*, Grundrecht auf Sicherheit, S. 16f.

³¹ Siehe das Vorwort von *Grimm* in: ders. (Hrsg.), Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts, 1990, und besonders zu den Staatsaufgaben: *Schulze-Fielitz*, Staatsaufgabenentwicklung und Verfassung, a.a.O., S. 11 (30).

³² Siehe als Beispiel die Beiträge in: *Grimm* (Hrsg.), Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts, und die fünf Jahre später aufgenommene weitere und präzisiertere

Für komplexe, sich rasch wandelnde Regelungssachverhalte werden neue Verfahren vorgeschlagen, die die staatliche Steuerung den Beteiligten weit öffnen und etwa die Gemeinwohlverwirklichung durch Verhandlungen und Vereinbarungen vorsehen. Es ist insoweit vom kooperativen Staat die Rede. Das Verwaltungsrecht gewinnt damit prozesshafte Züge, in denen die bisherigen Formen und Verfahren hoheitlicher Gemeinwohlverwirklichung durch strukturierte Verfahren ergänzt werden, in denen sich Betroffene und der Staat auf gleicher Ebene begegnen und der Staat sich unter anderem auf die Rahmensetzung beschränkt und die weitere Regelung im Sinne einer Selbstregulierung den Betroffenen überlässt.³³ Weitergehend wird die Verlagerung staatlicher Aufgaben auf private oder staatsferne Institutionen und schließlich ein teilweiser oder gänzlicher Rückzug des Staates aus bestimmten Aufgabenbereichen erwogen.

Den verschiedenen Entwicklungen ist gemeinsam, dass „... die in Jahrhunderten entwickelte rechtliche Steuerung und Kontrolle der Staatstätigkeit in Mitleidenschaft gezogen wird und nur noch im schrumpfenden Bereich der klassischen Staatstätigkeit in gewohnter Weise zum Zuge kommt.“³⁴ In vielen Fällen erweist sich nämlich die Betrachtung der Aufgabenzuweisung zwischen Staat und Gesellschaft als zentral, aber auch ambivalent. Der Staat zieht sich aus Aufgabenbereichen zurück, die damit der Gesellschaft überlassen sind, bindet daran jedoch andererseits zum Teil Pflichten, die sicherstellen sollen, dass die Gemeinwohlzwecke verfolgt werden.³⁵

Die dogmatische Auseinandersetzung mit diesen Entwicklungen steht erst am Anfang. Sie hat zu einer neuen Betrachtung von Staatszwecken und Staatsaufgaben geführt. Aus der Perspektive der Verwaltung hat sie Handlungsformen betrachtet, das Verhältnis zwischen gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatli-

Bestandsaufnahme in: *Grimm* (Hrsg.), Staatsaufgaben, 1994 mit dem zusammenfassenden Beitrag von *Grimm*, Staatsaufgaben – eine Bilanz, S. 771 ff.

³³ Siehe im Überblick: *Hoffmann-Riem*, Tendenzen in der Verwaltungsrechtsweltentwicklung, DÖV 1997, 433 ff. und zum „kooperativen Staat“: *Schmidt-Aßmann*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee: Grundlagen und Aufgaben der verwaltungsrechtlichen Systembildung, 1998, 1. Kapitel, Rn. 46 ff. Siehe aus dem breiten Schrifttum beispielhaft: *Hoffmann-Riem/Schmidt-Aßmann/Schuppert* (Hrsg.), Reform des allgemeinen Verwaltungsrechts. Grundfragen, 1993; zur Selbstregulierung siehe die Berichte von *Schmidt-Preuß* und *Di Fabio*, Verwaltung und Verwaltungsrecht zwischen gesellschaftlicher Selbstregulierung und staatlicher Steuerung, VVDStRL 56 (1997), 160 ff. bzw. 235 ff. Siehe insbesondere die einführenden Beiträge von *Trute*, Verantwortungsteilung als Schlüsselbegriff eines sich verändernden Verhältnisses von öffentlichem und privatem Sektor, S. 11 ff. und *Vofßkuhle*, Gesetzgeberische Regelungsstrategien der Verantwortungsteilung zwischen öffentlichem und privatem Sektor, in: *Schuppert* (Hrsg.), Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat, 1999, S. 47 ff.

³⁴ *Grimm*, Vorwort, in: ders. (Hrsg.), Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts, S. 7 und *ders.*, Der Wandel der Staatsaufgaben und die Krise des Rechtsstaates, a.a.O., S. 291 ff.

³⁵ Siehe *Grimm*, Der Wandel der Staatsaufgaben und die Krise des Rechtsstaates, in: ders. (Hrsg.), Wachsende Staatsaufgaben – sinkende Steuerungsfähigkeit des Rechts, S. 298 ff.; *Di Fabio*, VVDStRL 56 (1997), 235 (254 ff.), siehe dazu unten, unter § 35.

cher Steuerung thematisiert. Teilweise in Anlehnung an systemtheoretische Ansätze wird darüber hinaus versucht, mit den Begriffen des reflexiven Rechts und prozeduralen Rechtsvorstellungen Funktionen des Rechts zu beschreiben. Schließlich verspricht ein differenziert entfalteter Begriff der Verantwortung im Sinne einer Erfüllungs-, Gewährleistungs- oder Auffangverantwortung und einer Verantwortungsteilung Aufschluss über den Aufgaben- und Funktionszusammenhang eines enger werdenden Zusammenwirkens von Staat und Gesellschaft.³⁶

IV. Die Gewährleistung von Sicherheit im Umgang mit Risiken für Gesundheit und Umwelt zwischen Staat und Gesellschaft

Der Befund der Risikogesellschaft bezieht sich besonders auf die technisch vermittelte, gesundheits- und umweltwirksame Aktivität der Gesellschaft. Die Vorstellung eines Grundrechts auf Sicherheit richtet sich auf diesen Bereich ebenso wie die zunehmende Infragestellung der Leistungsfähigkeit des Staates. Im Vordergrund steht dabei, wie Begrifflichkeiten des Risikoverwaltungsrechts, des Risikorechts und des Risikomanagements andeuten, der Umgang mit Risiken in diesem Bereich. Damit sind wichtige Fragen der Informationsbeschaffung und -bewertung, der Interessenabwägung, der notwendigen Überprüfung und Änderung von Entscheidungen angesprochen. Sie beziehen sich auf einen engen Zusammenhang technischer Aktivität, sozialer Regelung und ökosystemarer Funktionen mit Wechselwirkungen. Die damit verbundene Regelungsaufgabe ist überwiegend der Verwaltung übertragen. Ihre wirksame Wahrnehmung ist aber weitgehend auf gesellschaftliche Beiträge angewiesen. Dies gilt insbesondere auch für das Wissen um mögliche Auswirkungen und technische Lösungen. Hier wird im Sinne des eben geschilderten neueren Verständnisses des Verhältnisses zwischen Staat und Gesellschaft mit allen angeführten Fragestellungen eine funktionale Notwendigkeit sichtbar, staatliche und gesellschaftliche Leistungen zu verknüpfen, ohne dass andererseits der oben angesprochene Zustand „organisierter Unverantwortlichkeit“ entsteht.

Der Umgang mit Risiken für Gesundheit und Umwelt mit seinen Mechanismen und dem Zusammenwirken von Staat und Gesellschaft ist in den Zusammenhang der Sicherheit mit ihren oben angesprochenen Bedeutungsgehalten zu stellen. Dabei ist als erstes an den übergreifenden Aspekt der Freiheit zu denken. Wie die verfassungsgeschichtlichen Bezüge und immer von neuem das wirkliche Geschehen zeigen, hat der Umgang mit Risiken darüber hinaus eine Dimension des Konflikts, die auf die innere Sicherheit verweist. Er hat schließlich eine soziale Di-

³⁶ Siehe *Trute*, Verantwortungsteilung als Schlüsselbegriff eines sich verändernden Verhältnisses von öffentlichem und privaten Sektor, in: Schuppert (Hrsg.), *Jenseits von Privatisierung und „schlankem“ Staat*, S. 11ff. (15ff.); *Hoffmann-Riem*, DÖV 1997, 433 (440ff.) und im einzelnen unten, § 34.

Sachregister

- Aarhus-Konvention 133, 289, 403
- Abfallbeseitigung 102, 104
- Abfallrecht 354
- abfallrechtliches Prinzip kooperativer Verantwortung 354
- Abfallverbrennungsanlagen 136
- Abnahmeverpflichtung 89
- abstrakte Gefährlichkeit 226
- Abwägung 270
- Abwärmennutzung 102, 104
- Abwehransprüche 414
- Abwehrpflicht 70
- Abwehrrecht 357, 378
- actio negatoria* 66
- Administrativenteignung, siehe Eigentums-garantie
- AIDS 358
- Akkreditierungssystem 223
- Akteneinsicht 78, 125, 132
- Akzeptanz 391, 395, 444
- Algen 239
- Allgemeine Erklärung der Menschenrechte 3
- Allgemeines preußisches Landrecht 66
- Allgemeinverfügung 287
- Allgemeinverständlichkeit 287
- Allokation 378
- Altanlagen 84, 90
- Alternativenprüfung 342
- Altlasten 19
- Amtsermittlungsgrundsatz 74, 127
- Amtsträger 93
- Anerkennung 395
- Anhörung 97, 125
- Anlagen
 - Betrieb 391
 - Genehmigung 411
 - Genehmigungsverfahren 371
 - Recht 11, 65, 74, 286, 392, 417
 - Sanierung 92
 - Zulassung 67
 - Zulassungsverfahren 419
- Anlassinformation 294
- Anleitung für Zusammenbau und Wartung 226
- Anmeldeverfahren 411
- Anschnallpflicht 358
- Antragsteller 393
- Arbeiterausschüsse 41
- Arbeitgeber 54, 62
- Arbeitnehmer 358
 - Vertreter 62
 - Vertretung 361
- Arbeitsausschüsse 48
- Arbeitsplatzkonzentration, maximale,
 - s. maximale Arbeitsplatzkonzentration
- Arbeitsplatztoleranzwert, biologischer,
 - s. biologischer Arbeitsplatztoleranzwert
- Arbeitsrecht 362
- Arbeitsschutz 27, 99, 224, 282, 357
 - Gesetz 35
 - Normen 336
 - Standards 361
 - System 401
- Arbeitssicherheit 37, 142
- Arbeitsstättenverordnung 43
- Arbeitsstoffverordnung 53
- Arbeitsunfälle 29
- Arbeitsverweigerungsrecht 57
- Arzneimittel 225
 - Bedenklichkeit 251
 - Durchsetzung 252f.
 - Forschung und Entwicklung 253
 - Gebrauch vor Zulassung 253f.
 - Gesetz 227, 249, 288
 - Haftung 253
 - Handel 231
 - Kosten-Nutzen-Relation 251f.
 - Nachmarktkontrolle 252f.
 - Nutzen-Risiko-Abwägung 251f.
 - Recht 300, 341
 - Stufenplanregelung 253
 - Unbedenklichkeit 251f.
 - Wirksamkeit, therapeutische 249f.
 - Zulassung 252f., 281
- Asymmetrische Informationslage 293

- Atmosphäre 338
 Atomgesetz 47, 49, 146, 171, 271
 – Atomrecht, siehe auch Kernenergie 98, 272, 396
 – Atomrechtliche Verfahrensverordnung 148
 – Ausstiegskonsens 173
 – Ausstiegsregelung 172
 – Bundesauftragsverwaltung 173
 – Förderzweck 172
 – Verbot von Neugenehmigungen 175
 Aufbewahrungspflicht 282
 Auffangfunktion 437
 Aufgabenteilung 412
 Aufgabenverantwortung 355
 Aufgabenzusammenhang 408
 Aufklärungsfunktion 74
 Aufmachung 226
 Aufsicht 149
 Auftragnehmer 111
 Ausgangsstoff 388
 Auskunft 132
 Auskunftspflicht 103, 303
 Auslöseschwelle 58
 Ausschuss für Forschung, Technologie und Technikfolgenabschätzung 452
 Ausstieg, siehe Kernenergie, Atomgesetz
- Bauart 51
 Baumusterprüfung 223
 Bauprodukte 225, 227
 Beauftragte 383
 Bedarfsprüfung 340
 Begutachtung 286
 Behörde 109, 220
 – Entscheidung 395
 Bekanntmachung 76
 Belastungspfade 162
 Beliehener 100
 Beobachtungspflichten 278, 326
 Bergrecht 99
 Berichtspflicht 102, 278
 Berufsfreiheit 177ff., 339f., 369
 Berufsgenossenschaft 36, 363, 381, 401, 411
 Berufskleidung 231
 Berufskrankheiten 29, 37, 358
 – Verordnung 38
 Beschaffungspflicht 132
 Beseitigung 80
 Besorgnispotential 156
 Bestandskraft 81
 Bestandsschutz 73, 150, 350, 369
 Bestimmtheitsgrundsatz 434
 Bestrahlung 229f.
 Beteiligung 421
 Beteiligungsanspruch 361
 Beteiligungsrechte 131, 336, 394
 Betreiberpflichten 278
 Betrieb 109
 Betriebsangehörige 102
 Betriebsbeauftragter für Immissionsschutz 99, 121
 Betriebsentscheidung 410
 Betriebsgeheimnisse 77
 Betriebsrätegesetz 42
 Betriebsverfassungsgesetz 42
 Beurteilungsermächtigung 94
 Beurteilungsspielraum 150
 Bewahrung 377
 Beweiserleichterung 138
 Beweislast 304, 349
 Beweisregelung 294
 Bewertung 270, 342
 Binnendifferenzierung 386
 Binnenmarkt 218f.
 Binnenmarktstandards 396
 biographische Krise 366
 biologische Vielfalt 338
 biologischer Arbeitsplatztoleranzwert 55, 57
 biotechnologisch hergestellte Lebensmittel 239
Bismarck 28
 Blei 96
 Boden 68, 110
 – Nutzung 111
 – Verunreinigung 111
 Branchenabkommen 89
 Brüderlichkeit 8
 BSE 217
 Budgetrecht 436
 Bundesamt für Naturschutz 384
 Bundesamt für Post und Telekommunikation 144
 Bundesamt für Strahlenschutz 384
 Bundesamt für Umwelt 384
 Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 234f.
 Bundesberggesetz 49
 Bundes-Bodenschutzgesetz 21
 Bundesgerichtshof 216
 Bundesgesetzgeber 91
 Bundes-Immissionsschutzgesetz, siehe Anlagen
 Bundesinstitut für Risikobewertung 234
 Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung 38

- Bundesministerium für Forschung und Technologie 140
 Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit 159
 Bundessozialgericht 38
 Bundesverwaltungsgericht 86, 360
 Bund-Länder-Ausschuss für Atomenergie 158
 Büro für Technikfolgenabschätzung beim Deutschen Bundestag 452
- Cassis de Dijon* 292
 CEN 220
 CENELEC 220
 CE-Zeichen 221, 223, 292
 Chemikaliengesetz 49, 53, 225
 Chemikalienprüfung 281
 Chemikalienrecht 412
Compliance audit, siehe Öko-Audit
- Dampfkessel-Überwachungsvereine 31, 67
 Darbietung 226
 Darlegungslast 349
 Daseinsvorsorge 320, 339
 Daten 37
 Datenaustausch 281
 Datenerhebung 103
 Deckungsvorsorge 138, 151, 314, 412, 428
 Delegation 410
 Demokratieprinzip 289, 397, 434
 demokratische Staatsform 431
 demokratische Teilhabe 128, 419
 Demonstrationsfreiheit 24
Denninger 7
 Deregulierung 417, 455
 Deutsche Akkreditierungs- und Zulassungsgesellschaft für Umweltgutachter mbH 115
 Deutsches Institut für Normung 274
 Dezision 329
 DFG
 – Kommission 282
 – Senatkommission 422
 Differenzierung 14
 diffuse Interessen 379
 DIN 47, 274, 398
 diskursive Risikoregelung 388
 Diskurszusammenhang 425
 Dispositionsbefugnis 359
 Distanzschäden 315, 382, 415
 Divergenzvorlage 99
 Doppelkontrolle 227, 279, 388, 413
 Dosisgrenzwerte 162
- Drei-Stufen-Theorie zur Berufsfreiheit 176
 Drittschutz 403
 Drittwirkung der Grundrechte 347
 Drogen 362
 Durchsetzung 347, 350, 401
 dynamischer Grundrechtsschutz 129, 397, 435
 Dynamisierungsklauseln 90
- Effektivität 356
 Effektivitätsprinzip 22
 Effizienz 356
 EG-Beteiligungsverfahren, siehe Gentechnikgesetz
 Eigeninitiative 102
 Eigenkontrolle 115
 Eigensicherung 25
 Eigentum 96
 – Garantie 339, 346, 369
 – – Administrativenteignung 179
 – – Inhalts- und Schrankenbestimmung 179ff.
 – – Legalenteignung 179
 – Recht 338
 Eigenüberwachung 98f., 102, 401
 Eigenverantwortung 346ff.
 Eigenzeitlichkeit 365
 Eingriffsregelung 377
 Einstufung 53
 Eintrittswahrscheinlichkeit 168
 Einwendung 79
 Einwirkungsbereich 86, 103, 138
 Einwirkungs-Richt-Konzentration 60
 Elektrizitätswirtschaft 89
 Elektrosmog 141, 296, 434
 Element der Wette im Handeln 345
 EMAS, siehe auch Öko-Audit 114
 Emission 69, 86
 Emissionswerte 71
 Emmissionserklärung 80
 Empfängerhorizont 287
 empfindliche Gruppen 335
 Endabnahme 222
 Energie 388
 – Versorgung, Sicherstellung der 174
 Energiewirtschaftsgesetz 176, 225
 Enquete-Kommission 439
 – Chancen und Risiken der Gentechnologie 445
 – Technologiefolgenabschätzung- und Bewertung 448
 – Zukünftige Kernenergiepolitik 444
 Enteignung 429

- Entfaltung 359
- Entfaltungsfreiheit 378
- Entfaltungsinteresse 366
- Entschädigung 301, 315
- Entscheidungshorizont 433
- Entscheidungsprogramm 412
- Entscheidungsspielraum 394
- Entsorgungsmöglichkeit 82
- Entwicklungsgefahren 215
- Entwicklungsrisiko 305
- EPA (Environmental Protection Agency – USA) 109
- Erfüllungsverantwortung 355, 416
- Erkenntnismöglichkeit 330
- Erkenntnispflicht 284
- Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte von 1789 6
- Ermessen 153
- Ernährungsmängel 238
- Erörterungstermin 393
- Ersatzvornahme 316
- Erschütterung 111
- Erwartungshaltung 238
- Erwerbsinteresse 358, 360
- ethisches Prinzip 345
- Etikettierung 241, 292, 360, 427
- EuGH 51, 97, 132
- Europäische Behörde für Lebensmittelrecht, siehe Verordnung (EG) Nr.178/2002
- Europäische Menschenrechtskonvention 3
- Europäische Norm 220, 223
- europäische Normung 220 ff.
 - Institutionen 396
 - Struktur 221
- europäische Verwaltungskooperation 223
- Experimentiergesetz 457
- Expertenkommission zur Vereinfachung und Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren 122
- Externalisierung 415

- Fabrikationsfehler 213
- Fabrikinspektoren 30
- Fachkunde 100, 115
- Fähigkeitsverantwortung 355
- Fehlvorstellung 291, 360
- Fernmeldeanlagen gesetz 142 f.
- Fernwirkung 138, 345
- Fertigungskontrolle 222
- Feuerungswärmeleistung 90
- FFH-Richtlinie 312
- Flexibilität 356
- Folgenverantwortung 345, 356

- Fondshaftung 382
- Fondslösung 317
- Förderzweck 147, 381
- Forschung
 - und Entwicklung 140, 299 f.
 - Freiheit 339
 - Verantwortung 430
- Frankreich 6
- Freiheit 8, 11
- Freiheit zur Verantwortung 364
- Freiheitsbeschränkung 357
- Freiheitsrechte 376
- Freiräume 72
- Freisetzungsrichtlinie, siehe auch Gentechnikgesetz 185, 241
- Friedens- und Rechtsordnung 18
- Futtermittel, siehe Verordnung (EG) Nr. 178/2002

- Garantenpflicht 216
- Gebot der Sachlichkeit 293
- Gebot der Wissenschaftlichkeit 330
- Gefahr 153
- Gefahrenabwehr 14, 66, 72, 153 f., 326, 402, 418
- Gefahrenanalyse 50
- Gefahrenlagen 325
- Gefahrenschwelle 70
- Gefahrenverdacht 70
- Gefahrenvorsorge 322
- Gefahrerforschungseingriffe 20
- Gefahrgutbeauftragter 98
- Gefahrstoffe
 - Ausschuss 59
 - Recht 282
 - Verordnung 53
- Gegenmachtbildung 398
- Gemeinlastprinzip 317
- gemeinsame Umweltverantwortung 354
- Gemeinschaftsgüter 374
- Gemeinwohl
 - Auftrag 355
 - Bindung 394
 - Definition 391
 - Findung 431
 - Konkretisierung 391 f.
 - Orientierung 363
 - Vorbehalt 340
- Genehmigung 350
- Genehmigungspflicht 140
- Genehmigungsverfahren 65, 67, 74, 287
- Genehmigungsverhältnis 401
- genetisch veränderte Organismen 242, 246

- Gentechnik 139, 225, 239
 - Enquête-Kommission Chancen und Risiken der Gentechnologie 184
 - In-vitro neukombinierte Nukleinsäuren, Richtlinien zum Schutz vor Gefahren 183, 202
- Gentechnikgesetz 183, 197, 271, 426
 - „enge“ Mittel-Zweck-Relation 195
 - Anmeldeverfahren 198
 - Basisrisiko 191
 - Bestands- und Vertrauensschutz 188
 - Bestandsschutz und Befristung 207
 - Betreiberpflichten 185 ff.
 - EG-Beteiligungsverfahren 201
 - Freisetzungen und Inverkehrbringen 192
 - – Europäisierung 200
 - Genehmigung 206
 - Gentechnik-Anhörungsverordnung 201
 - Gentechnik-Aufzeichnungsverordnung 196
 - Gentechnik-Verfahrensverordnung 198
 - Haftung 208
 - – Deckungsvorsorge 210
 - – Entwicklungsrisiken 209
 - Nützlichkeitskontrolle 195
 - Öffentlichkeitsfunktion 205
 - Risikobewertung 186 ff.
 - Robert-Koch-Institut 199
 - Sicherheitsstufen 189 ff.
 - – Zulässigkeit der ersten Sicherheitsstufe 190
 - Überwachung 207
 - Unvertretbare Einwirkungen 193
 - zweistufige Anlage der Sicherheitskonzeption 188 f.
- Gentechnikrecht 278, 325, 340 f.
- Gentechnik-Verfahrensverordnung, siehe Gentechnikgesetz
- Genussmittel 362
- Gerätesicherheit 142
- Gerätesicherheitsgesetz 45, 50 f., 222, 225
- Gerechtigkeitsprinzip 22
- Geruch 111
- Gesamtverantwortung 107
- Geschäftsgeheimnisse 77
- Geschäftsordnung 97
- Gesellschaft 12, 109, 351, 365
- Gesellschafter 107
- Gesellschaftsverträglichkeit 24
- Gesetzesfolgenabschätzung 439, 454
- Gesetzesvorbehalt 434
- Gesetzgeber 11
- Gesetzgebung 433
- Gesetzgebungsverfahren 102
- gesetzliche Unfallversicherung 381
- Gestaltungsspielraum 70, 342
- Gestaltungsspielräume 94
- Gesundheit 11, 39, 96
 - Beeinträchtigung 361
 - Interesse 375, 380
 - Reform 348
 - Schutz 142, 291, 336, 360, 367
- Gesundheitswesen 361
- Gewährleistungsverantwortung 355
- Gewässer 110, 377
- Gewässerbeauftragter 99
- Gewässerschutz 382
- Gewerbeaufsicht 401, 411
- Gewerbeförderung 66
- Gewerbefreiheit 28
- Gewerbeordnung 34 f., 43, 49, 67 f., 123 f.
- Gewerkschaft 220, 361
- Gewissheit 267 f.
- Gleichheit 8, 91, 341
- Globales Konzept 222
- Grenzwert 89 f., 96, 145, 298, 358, 387
 - Festsetzung 335
- Großdemonstration 24
- Großfeuerungsanlagen 88
 - Verordnung 70
- Grundpflicht 70, 73, 85
- Grundrechte 351, 357
- Grundstücksnutzung 139
- Gruppenarbeit 113
- Gurtgegner 361
- Gurtpflicht 361
- Gutachter 115
- Gutachterzulassung 117
- Güterordnung 374 f., 378
- Haftpflicht 32
- Haftpflichtrisiko 298
- Haftpflichtversicherung 279
- Haftung 11, 29, 151, 213, 327, 349, 354, 356, 409, 413 f., 416
 - Antarktis, Umweltschäden 309
 - Ausgleichsmaßnahmen 310
 - Ausschluss 413
 - HNS-Übereinkommen 308
 - Lugano-Konvention 310
 - nukleare Schäden 308
 - Ölverschmutzungsschäden 307
 - Recht 215, 375
 - Regelung 298

- Richtlinie über die Umwelthaftung (Entwurf) 310
- Risiko 151
- Verantwortung 355
- Wiederherstellungsmaßnahmen 310
- Handelskammer, internationale 110
- Handlungsfreiheit 339f., 346, 359
- Handlungshaftung 306
- Handlungsverantwortung 355
- Handwerkskammer 109
- Harmonisierung 219
- von Hayek* 8
- Heidelberger Fernheizwerk* 91
- Heilberufe 231
- Heilgewerbe 231
- herrschaftsfreier Diskurs 459
- Hersteller 50, 216, 225, 230
- Herstellerargument 297
- Heuristik der Furcht 345
- Hilfeleistung 358
- Hinwirkungsfunktion 102, 104
- Hobbes 4f.
- Hochschornsteinpolitik 88, 415
- Holzbearbeitungsmaschinen 51
- horizontales Konzept 224

- Immissionen, siehe auch Anlagen 69
 - Erklärung 103
 - Grenzwerte 95
 - Schutz
 - – Beauftragter 80, 98, 100, 106
 - – Recht 396
- Inbesitznahme 377
- Individualgüter 168
- Industrialisierung 28, 66, 411
- Industrie 220
- Industrie- und Handelskammer 109
- Information 218, 284
 - Anspruch 289, 402
 - Beschaffung 285
 - Beziehung 415
 - Defizit 291, 294, 297, 390
 - Ordnung 294
 - Pflichten 326
 - Recht 131, 436
 - Regelung 284
 - Richtlinie 221
 - System 282
 - Verteilung 360
 - Vorsorge 4, 320
 - Zugang 289
- informationelle Selbstbestimmung 358
- Initiativfunktion 102, 104

- Innenrecht 93
- Innovation
 - Grenze 88
 - Bemühen 105
- Instruktionsfehler 213
- integrierte Anlagengenehmigung 341
- Interessen
 - Ausgleich 421, 431
 - Berücksichtigung 412, 439
 - Gruppen 128
 - Sicherung 390
 - Zuordnung 418
 - Vermittlung 343
 - Wahrnehmung 374
- Internalisierung 379
- Internationale Handelskammer 110
- Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte 3
- intertemporaler Verteilungskonflikt 366, 372
- Investition
 - Risiko 352, 413
 - Sicherheit 74, 352
- In-vitro neukombinierte Nukleinsäuren, Richtlinien zum Schutz vor Gefahren, siehe Gentechnik
- Irreführung 238
- Isensee 4
- ISO 14001, siehe Öko-Audit
- IVU-Richtlinie 68, 339

- Jonas* 344

- Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 32
- Kalkar* 46, 154, 272, 331, 434
- Kapitalgesellschaft 107
- Katastrophenschutz, siehe Kernenergie
- Kaufentscheidung 391, 410
- Kausalbeziehung 317
- Kausalitätsprobleme 303
- Kennzeichnung 53, 214, 226, 241
 - Pflicht 292
 - Vorschriften 241
- Kernenergie, siehe auch Atomrecht 146
 - Ausstieg aus der friedlichen Nutzung 171
 - Katastrophenschutz 170
 - Risiko-Streuung 170
 - Zivilschutz 170
- Kernforschungszentrum Karlsruhe 452
- Kerntechnischer Ausschuss 160
- Kindergärten 145
- Klarheit von Normen 397
- Kleinemittenten 382

- Klima 338
- Kohärenz 325, 336, 341
- Kohlepfennig 89
- Kommission 97
- Kommunikation 284
- Kommunikationsbeziehung 415
- Kompensation 73, 85, 403, 420
- Konferenz der Vereinten Nationen über
Umwelt und Entwicklung von 1992 321
- Konfliktfestigkeit 24
- Konformität 223
 - Erklärung 142, 222
 - Nachweis 228
 - Prüfung 399
- Konkretisierung 71
- Konkurrentenklage 406
- Konsens 354
- Konstruktion 50
- Konstruktionsfehler 213
- Konsumentendemokratie 293, 360
- Konsumverhalten 242, 358
- kontinuierliche Verbesserung 111
- Kontrastinformation 398
- Kontrollaufgaben 387
- Kontrollaufwand 428
- Kontrolldichte 127, 342, 403, 405
- Kontrolle 409
- Kontrolle der Kontrolleure 223
- Kontrolleraubnis 342, 427
- Kontrollfunktion 102, 436, 440
- Kontrollverlust 418
- Kontrollverstärkung 417
- Kontrollzusammenhang 418
- Konzeptänderung 436
- Kooperationsprinzip 130, 354
- Koordinierungsstelle Umweltschutz 274
- körperliche Unversehrtheit 359, 376
- Körperschäden 315
- Körperschaft 109
- Körperverletzung 216
- Kosten-Nutzen-Analyse 339f.
- Kraftfahrzeug 218, 377
- Krankenhäuser 145
- Krankenversicherung 37, 39, 282, 315, 361,
381
- Kreislaufwirtschafts- und Abfallrecht
429
- Kriminalität 1
- Kriminalprävention 16
- Kultur 68, 338
- Kulturgüter 338
- Kultusminister 140
- Kündigungsschutz 100
- Laborpraxis, gute 247f.
- Ladeur* 273
- Landschaft 338
- landwirtschaftliche Produkte 217, 305
- Lärm 111
 - Belästigung 332
 - Belastung 325
 - Schutz 323
- latente Gefahr 82
- lebensbedrohliche Krankheit 366
- Lebensgewohnheiten 163
- Lebensmittel 230
- Lebensmittelausschuß 241
- Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-gesetz
225
- Lebensmittelrecht 228, 231
 - Bundesamt für Verbraucherschutz und
Lebensmittelsicherheit 234
 - Bundesinstitut für Risikobewertung 234
 - Europäische Behörde für Lebensmittel-
recht 232
 - Genetisch veränderte Lebens- und Futter-
mittel, Vorschlag für eine europäische Ver-
ordnung 243
 - Kennzeichnung 246
 - Neuordnung 232
 - Verbraucherinformationsgesetz, Entwurf
236f.
 - Verordnung (EG) Nr.178/2002 232
- Lebensmittelzutaten 238
- Lebensweise 337
- Lederspray* 22, 216
- Legalenteignung, siehe Eigentumsgarantie
- Legalitätsprinzip 15
- Legislaturperiode 433
- Legitimation 11, 385, 419, 425, 431, 444
 - Funktion 433
 - Kette 419
 - Niveau 385, 423
 - Verantwortung 423
 - Wirkung 397
 - Zusammenhang 97
- Lernprozess 392, 421
- Lernzusammenhang 282
- Letztentscheidung 94
- Letztentscheidungsrecht 393
- lex imperfecta* 347
- Lieferant 111
- Locke* 5, 8
- Lösungswissen 387f.
- L-Tryptophan* 209
- Luftbelastung 325
- Luftreinhalteplan 87

- Luftreinhaltung 377
 Luftschadstoffe 88 ff.
 Luftverkehrsgesetz 225
 Luftverunreinigung 332
 Lugano-Konvention, siehe auch Haftung
 310
- Marktanteilshaftung 302
 Marktwirtschaft 347
 Maschinen 44, 377
 Maschinenrichtlinie 44, 49, 222
 Maschinensicherheit 44, 51
 Massenkonzentration 90
 maximale Arbeitsplatzkonzentration 55, 57,
 63
 Medien 287
 Medizinprodukte 225, 227, 288
 Meinungsbildung 290
 Meistbegünstigungsprinzip 335
 Messpflichten 278
 Meßsystem 103
 Messungen 80, 103
 Methodenverständnis 268
 Mikroorganismen 140, 239
 Minderheitenschutz 398
 Ministerium für Nachweltschutz 380
 Mitbestimmung 361
 Mitbestimmungsanspruch 361
 Mitbestimmungsrecht 43
 Mittel-Zweck-Relation, siehe auch Gentech-
 nikgesetz 195
 Mitverantwortung 352, 356, 413
 Mitverursachungsanteile 303
 Mitwirkung 404
 Mitwirkungslast 78
 Mitwirkungsrechte 405
 Mobilfunk 142
 – Endgeräte 142
 Modul-Beschluss 222 f.
 Molekularstruktur 239
 Monetarisierung 334
 Moratoriumsgesetz 458
Mülheim-Kärlich 126, 174, 351
- Nachbar 285
 – Beteiligung 285, 343, 391, 420
 – Klagen 405
 – Schutz 137
 Nachbarschaft 113, 288, 392, 410
 Nachbesserung 436, 459
 Nachfassen 433, 435, 456 ff.
 Nachführung von Entscheidungen 368
 Nachgenerationenschutz 368, 380
- Nachhaltige Entwicklung 370, 372
 Nachmarktkontrolle 227
 nachträgliche Anordnung 80 f., 89, 350
 nachträgliche Auflagen 149
 Nachweiskette 325
 Nachweltschutzverband 380
 Nahrungskette 163
 Naßauskiesungsbeschluss 429
 nationale Katastrophe 169
 Natur 338
 – Beherrschung 335
 – Gestaltung 335
 – Güter 338
 – Haushalt 316, 338
 Naturalismusproblems 335
 natürliche Lebensgrundlagen 376
 natürliche Ressourcen 110, 376
 Naturschutzrecht 377, 405
 – Eingriffsregelung 341
 Naturschutzverbände 402 ff.
 Naturvergleich 335
 naturwissenschaftlich-technische Erkenntnis
 95
 neue Konzeption 219 ff.
 Nichtigkeit 98
 Nichtstörungspflicht 69
 Niederspannungsrichtlinie 219
 Norddeutscher Bund 124
 Normalbetrieb 111, 138
 Normenausschüsse 48
 normkonkretisierende Verwaltungsvor-
 schrift 96
 Normung 220, 274
 Nothilfe 17
 Notstandsrechte 17
 Notwehr 17
 novel food 237
 – Verordnung 241, 245
 – – Anzeigeverfahren 240
 – – Kennzeichnung 241
 – – Zulassungsverfahren 240
 Nutzeninteressen 340
 Nützlichkeitskontrolle, siehe Gentechnikge-
 setz
 Nutztiere 46
 Nutzung 377
 Nutzungsrecht 378
- Öffentlichkeit 76, 113, 128, 288 f., 410
 – Beteiligung 76, 133, 136, 285, 289, 343,
 386, 391 f., 394, 402, 420
 – Öffentlichkeitsfunktion 437, 439, 443
Office for Technology Assessment 449

- Öffnungsklausel 90
- Öko-Audit 98, 279, 356, 363, 383, 412, 428
 - Behördliche Interventionsrechte 119
 - Behördliches Widerrufsrecht 121
 - Berichtspflichten 121
 - Beste verfügbare Technik 112
 - Betriebsbeauftragte 121
 - *Compliance audit* 118
 - Einhaltung des Ordnungsrechts 118
 - Glaubwürdigkeit 116
 - Handlungsgebote 110
 - Kommunikation 110
 - Kontrolle der Kontrolleure 116
 - Normalbetrieb 111
 - Öffentlichkeit 113
 - Privilegierung 120
 - Prüfungsmaßstäbe 117
 - reale Kontrolle 117
 - Selbstverwaltung der Wirtschaft 115
 - Systemprüfung 117
 - Überprüfungszyklus 116
 - Umweltauditgesetz 115
 - Umweltausschüsse 113
 - Umwelterklärung 109
 - Umweltgutachter 109
 - Umwelthaftungsrisiko 110
 - Umweltmanagementsystem 111
 - und IVU-Richtlinie 120
 - Unternehmensorganisation 110
 - Verhältnis zur Norm ISO 14001 114
 - Verordnung 108f., 111f.
 - – Novellierung 108
 - Vorschlagswesen 113
 - Zertifizierung 109
 - Werbezwecke 110
- ökologisches Selbstbestimmungsrecht 376
- ökonomische Instrumente 413, 427
- Ökoschaden 139
- Ölverschmutzungsschäden, siehe Haftung
- Ombudskommission 380
- Opposition 436
- Optimierungspotenzial 112
- optische Einwirkungen 111
- Ordnung 12, 18
- Ordnungsleistung des Marktes 379
- Ordnungsrecht 316
- Ordnungsverantwortung 430
- Organisation 100, 128
- Organisationsverantwortung 355, 427
- Organmitglied 107
- Ottawa-Charta 39
- Ozonschicht 338
- Parlament 12, 397
- Parlamentsmehrheit 436
- Partikularinteressen 386
- Partizipations-Erzwingungsklage 404
- Paternalismus 357
- Patient 359
- Periodisierung 270, 370
- Personalisierung der Verantwortlichkeit 107
- Personenschaden 215
- Persönlichkeitsrecht 376
- Pflanzen 68, 338
- Pflanzenarten 377
- Pflanzenschutzgesetz 225
- Pflanzenschutzmittel 229
- Pflanzenschutzrecht 341
- Pflanzenwelt 316
- Pilotanlage 299
- Pilze 239
- Planung 86, 354
 - Entscheidung 410
 - Funktion 72
- Politikberatung 97
- Polizeikosten 17
- Polizeipflichtigkeit 345
- Popper 7f., 268
- Präklusion 67, 125
- praktische Konkordanz 269, 347
- praktische Vernunft 153f., 156
- Prävention 37, 301
 - Pflicht 327
- Präventivkontrolle 427
- preußisches Regulativ 30
- Prinzip Verantwortung 344
- Privatautonomie 359
- private Güter 305
- private Normungsinstitutionen 344
- Problemanlastung 410
- Problemverständnis 284
- Problemwissen 270
- Produkt
 - Beobachtung 214
 - Beobachtungspflicht 214
 - Gentechnik 317
 - Haftung 213, 217, 411
 - Gesetz 211, 214, 280, 317
 - Richtlinie 214, 217
 - Information 291, 360
 - Kontrolle 360
 - Norm 399
 - Recht 11, 295, 412, 416f.
 - Sicherheit 216, 218, 224, 288
 - – Gesetz 224, 411
 - – Richtlinie 237

- - Standard 215
- Werbung 110
- Produktionsanlagen 140
- Produzentenhaftpflicht 213
- Prognose 70, 267, 364
- Prozessrecht 293
- Publizität von Normen 397

- Qualitätssicherung 222 f.
- Quantifizierung 334

- race to the bottom* 46
- radioaktive Abfälle 160
- rationale Apathie 304
- rationale Klageabstinenz 304
- Rationalität 11, 328, 331, 333, 387, 424
- Rauchgasentschwefelung 89
- Reaktorsicherheitskommission 160, 274, 278, 396, 422
- Rechenschaftsverantwortung 355
- Rechtsangleichung 219
- Rechtsdurchsetzung 294
- Rechtsgüter 374
 - Sicherheit 368, 372
 - Verletzung 138
- Rechtssprechung 95
- Rechtssatzvorbehalt 96
- Rechtsschutz 290, 294
- Rechtssicherheit 11, 74, 89, 352, 368, 372
- Rechtsstaatsprinzip 368, 397
- Rechtsunsicherheit 67, 413
- Regelkreise 410
- Regelsetzung 18
- Regelung 12, 347
- Regenerationszusammenhang 370
- Regress 315, 382
- Reichshaftpflichtgesetz 29, 31
- Reichsversicherungsamt 41
- Reichsversicherungsanstalt 33
- Repräsentation 289, 419
 - Institutionalisierte 368
- Ressourcen
 - Bewirtschaftung 412
 - Vorsorge 322 f., 327, 379
- Restnutzung 90
- Restrisiko 153 f.
- Richtkonzentration, technische, s. Technische Richtkonzentration
- Richtlinie über die Umwelthaftung (Entwurf) 311
- Rio-Erklärung 321
- Risiken 11
- Risiko 2, 153, 294
 - Belastung 358
 - Bewertung 96
 - Diskurs 286
 - Erforschung 299, 326
 - Erkenntnis 270, 274, 278 f., 284 f., 332, 350, 356, 387, 391, 393, 409 f., 414, 421, 432
 - - Pflicht 280
 - erlaubtes 269
 - Ermittlung 96, 278
 - Exposition 269, 336 f., 360, 379
 - Gesellschaft 1 f., 10, 344
 - Kommunikation 135, 288
 - Kontrolle 285, 295, 351, 353, 363, 395, 410, 413, 416, 433
 - Management 10, 266
 - Minderung 299
 - Potential 223, 417
 - Recht 10
- Regeln der Technik, allgemein anerkannte 46, 50, 216, 226, 353
 - Regelung 11, 296, 353, 382, 388
 - Regulierung 266, 352
 - Risiko-Risiko-Vergleich 326, 337, 341
 - Streuung, siehe Kernenergie
 - Steuerung 129
 - - Funktion 72
 - Vergleich 166
 - Verteilung 280, 302
 - Verursacher 271, 278, 284, 286, 288, 290, 356, 362
 - Verwaltungsrecht 10, 65
 - Vorsorge 153, 322 f, 327
 - Wissen 277, 281 f, 327, 388, 425
- Robert-Koch-Institut 199, 282
- Rollenverantwortung 355
- Rückruf 217, 225, 227, 288, 326
 - Pflicht 215

- Sachen 46
- Sachgüter 68, 305, 338, 374
- Sachlichkeit 331
- Sachnähe 357
- Sachverhaltsermittlung 74, 271, 285, 349
- Sachverstand 86, 397
- Sachverständigengutachten 77, 95
 - , antizipiertes 95, 396
- Sachverständigenrat 449
 - für Zukunftsbelange 380
- Sachzusammenhang 408
- Sasbach* 127
- Schaden
 - Abwehr 216

- Ersatz 124
- Ansprüche 137
- Risiko 269
- Schadstoffbelastung 88
- schlanker Staat 357
- Schneller Brüter 445
- Schrotschussmethode 88
- Schulen 145
- Schutz 11
- Schutzausrüstung 55
- Schutzgebot 360
- Schutzgesetz 73, 350
- Schutzlücke 415
- Schutzpflicht 4, 69, 71, 282, 286, 288, 347, 352, 356f, 359, 397
- Schutzzweck 147
- Schwebestaub 96
- Schwefeldioxid 96
- Schweigekartell der Oberingenieure 297
- Scoping 273, 279
- Securities and Exchange Commission* 109
- Selbstbeschränkung 89
- Selbstbestimmung 11, 39, 357, 359, 361, 374f., 412
 - des Konsumenten 362
- Selbstbindung 93
- Selbstgefährdung 359, 362
- Selbstkontrolle 222, 357, 362, 428
- Selbstorganisation 65, 116
- Selbstregulierung 295, 350, 357, 362, 372, 379, 428f.
- Selbstschädigung 362
- selbstverantwortete Entscheidung 361
- Selbstverpflichtung 354
- Selbstverteidigung 17
- Selbstverwaltung 40
 - der Wirtschaft 115
 - Körperschaften 411
- Seveso-Richtlinie 136
- StGB IV 42
- Sicherheit 7
 - Anforderungen 221
 - biologische 384
 - Forschung 283
 - Gewährleistung 266
 - Grundrecht 4
 - innere 3, 10, 15
 - Konzeption 152
 - öffentliche 8
 - private 8
 - soziale 3, 11, 27
 - technische 3
 - Verfassungsrecht 4
- Sicherheitskriterien und Leitlinien für Kernkraftwerke 158
- Sicherheitsphilosophie 150
- Sicherheitsrecht 266
- Sicherheitsüberprüfung 151
- Sicherungspflicht 349
- Solidarität 7
- Sorgfaltspflicht 280, 349, 428
- Sozialbindung 338, 340, 429
- Sozialistengesetze 32
- Sozialpflichtigkeit 346
- Sozialpolitik 28
- Sozialstaatsprinzip 339
- Sozialversicherung 27, 40
- Sozialversicherungsträger 315
- Spartengesetz 224, 226
- Spätfolgen-Forschung 55
- Sperrgrundstücksklagen 402
- Spielplätze 145
- Spielzeugrichtlinie 219
- Sportgeräte 362
- Sprengstoffgesetz 49
- Staat 12, 351, 365
 - und Gesellschaft 10f.
 - Verantwortung 375
 - Aufgaben 9, 339
 - Gewalt 433
 - Haftung 139
 - Lehre 2
 - Zwecke 9
- Stabilität 11
 - von Entscheidungen 368
- Stahlenexposition 335
- Stand der Technik 46, 50, 71, 82, 86, 90, 124, 216, 323
- Stand der Wissenschaft 272, 280, 331
- Stand von Wissenschaft und Technik 46, 152, 214, 271, 280, 296
- Standardisierung 85, 395, 410
- Standardsetzung 22, 67, 95, 273f., 335, 341, 343, 402, 412
- Standardsetzungsverfahren 396
- Standort 109, 113
- Standortregister 109
- Staub 111
- Steinkohlebergbau 89
- Steuerung 85
- Steuerungsdefekt 410
- Steuerungswirkung 397
- Steuerungszusammenhang 266
- Steuerungszwecke 295
- Stichproben 118
- Stickstoffoxide 90

- Stilllegung 80
- Stoppregel 332
- Störerhaftung 349
- Störfall 109, 152, 162, 288
 - Beauftragter 80, 98
 - Kommission 97
 - Leitlinien 158
 - Verordnung 70, 92, 135
- Störfreiheit 142
- Strafgewalt 15
- Strafsanktion 347
- Straftaten 16
- Strafverfolgung 18, 22
- Strahlen
 - Belastung 332, 335
 - Exposition 162
 - Minimierungsgebot 161
 - Schutz
 - – Beauftragter 98
 - – Kommission 142, 159, 274, 278, 396, 421
 - – Recht 99
 - – Verordnung 157
- Straßenverkehr 361
- Streitschlichtung 18
- Subsidiarität 363
- Subventionierung 89
- Suchprozess 332
- Summation
 - Effekte 325
 - Schäden 138, 302, 315, 415
 - Wirkung 402
- Summenbegrenzung 306
- Symbolfunktion 444
- System
 - Prüfung 117
 - Zusammenhang 408
- Systemrichtlinie – Richtlinie über die Verwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen 184

- TA Lärm 71
- TA Luft 71, 88, 90, 96
- Tabakwaren 291
- Tabakwerbung 291
- Täuschung 230
- Täuschungsvorsorge 291
- Technik 296
 - Beste verfügbare 112
 - Entwicklung 296, 387
 - Folgenabschätzung 447
 - Recht 14
- technische Richtkonzentration 55, 58
- technische Überwachungsvereine 67
- Technischer Ausschuss für Anlagensicherheit 97
- Technischer Überwachungsverein 116
- Technologie 296
- Teilnahme am Straßenverkehr 337
- Telekommunikationsgesetz 143
- Telekommunikationszulassungsverordnung 142
- Thunfischfleisch 292
- Tierarten 377
- Tierarzneimittelrückstände 229
- Tiere 68, 338
- Tierschutz 300
- Tierwelt 316
- tragedy of the commons 375
- Transparenz 289
- Treuhandchaft 368, 380
- TRK-Wert 61
- Tropenholz 292
- Typengenehmigung 377
- Typisierungsspielraum 334

- Übereinkommen über die nukleare Sicherheit 384
- Überwachungsmaßnahmen 100
- Überwachungsverhältnis 79, 285
- UIG 402
- Umwelt 11, 111, 338, 340
- Umweltausschuss 113
- Umweltbehörde 109
- Umweltbelastungsrecht 379
- Umweltbeobachtung 283
- Umweltbetriebsprüfung, siehe auch Öko-Audit 112
- Umwelteinwirkung 138
- Umwelterklärung 112f.
- Umweltforschung 283
- Umweltfreundlichkeit 102
- Umweltgenossenschaft 382
- Umweltgesetzbuch 282, 321
- Umweltgutachterausschuss 116
- Umweltgüter 305, 316, 322, 376
- Umwelthaftung
 - Fonds 138
 - Gesetz 138, 280ff.
 - Recht 306
 - Richtlinienentwurf 311ff.
 - – Deckungsvorsorge 314
 - – Haftungsschwellen 311
 - – Kostenerstattung 313
 - – Schutzgüter 311
 - – Verpflichtete 312

- Umweltinformation
 - Risiken 110
 - Gesetz 131
 - Richtlinie 289
- Umweltintegritätsinteresse 305
- Umweltmanagement 111
- Umweltmanagementsystem 109
- Umweltmedien 382
- Umweltrisiken 136
- Umweltstandard 111
- Umwelt- und Technikrecht 5, 11 f., 14
- Umweltverbände 402
- Umweltverbrauch 429
- Umweltverträglichkeit 274, 453
 - Prüfung 75, 79, 105, 147 f., 273 ff., 278, 281, 331, 341, 396, 454
- Unabhängigkeit 115
- Unbedenklichkeitsbescheinigung 144
- unbestimmter Rechtsbegriff 94
- Unfallverhütungsvorschrift 36, 41, 43, 48
 - UVV „Biotechnologie“ 184
- Unfallversicherung 27, 33 f., 37, 301
 - Genossenschaften 33
 - Träger 35 f., 39
 - Vereine 33
- Unsicherheit 89, 270, 294, 320
- Unterhaltsleistung 215
- Unterlassung 216
- Unterlassungsansprüche 137
- Unternehmen 109
- Ursachenvermutung 138, 280, 294, 302, 304
- UVPG 75, 79

- Verantwortlichkeit 345, 347
 - polizeiliche 20
- Verantwortlichkeitszusammenhang 97
- Verantwortung 11, 344, 352, 354, 359
 - Auffangverantwortung 10
 - Erfüllungsverantwortung 10
 - Gewährleistungsverantwortung 10
 - Parlament 355
 - Parzellierung 430
 - Teilung 415
 - Verlust 415
 - Verteilung 95
 - Wissenschaft 346
 - Zurechnung 355
- Verbände 336, 363
- Verbandsklage 403 f.
 - Verfahren 405
- Verbraucher 220, 226, 238, 241, 287
 - Verbraucherinformationsgesetz, Entwurf 236 f.
 - Verbraucherschutz 142, 224
 - Verein deutscher Ingenieure 67
 - Verfahrensdimension 286
 - Verfassungsbeschwerde 139
 - Verfassungsgeschichte 6
 - Verfügbarkeit 360
 - Verfügungsrecht 374 ff.
 - Vergabeverträge 140
 - Vergleichsmaßstab 340
 - Verhaltensmaßregeln 387
 - Verhältnismäßigkeit 325, 363
 - Grundsatz 83
 - Maßstab 340
 - Verkehrsauffassung 230
 - Verkehrsfähigkeit 360
 - Verkehrspflicht 216, 218, 269, 271, 279, 326
 - Verkehrssicherungspflicht 269, 326, 349
 - Vermehrungsmethoden 239
 - Vermögensschäden 306
 - Vernetzung 426
 - Verordnung (EG) Nr. 178/2002 228, 232 ff., 244
 - Information der Öffentlichkeit 236
 - Öffentlichkeitsbeteiligung 236
 - Risikoanalyse 232 ff.
 - Vorsorgeprinzip 232
 - Lebensmittel- und Futtermittelunternehmer, Verantwortlichkeit 235
 - Verordnung über das Genehmigungsverfahren – 9. BImSchV 74
 - Verordnung über elektromagnetische Felder 144
 - Verordnung über Verbrennungsanlagen für Abfälle und ähnliche brennbare Stoffe 70, 92
 - Verordnungsermächtigung 91
 - Verpackung 53, 226
 - Verpackungssteuer 354
 - Versammlungsfreiheit 24
 - Verschmutzungsrecht 378 f.
 - Verschulden 137
 - Verschwiegenheit 101
 - Versicherer 279
 - Versicherungsgemeinschaft 317, 361
 - Versicherung 110, 412
 - Gemeinschaft 382
 - Prämie 298
 - Versuchsgesetz 457
 - Versuchsperson 300
 - Verteilungsfunktion 72
 - Vertragsverletzungsverfahren 97

- Vertrauensschutz 73, 369
 Vertretung 368
 Verursacher 306
 Verursacherprinzip 130, 280, 349, 356, 428
 Verursachung 137, 345
 Verursachungsbeitrag 302
 Verwaltung 12, 95
 – Normkonkretisierung 395
 – Organisation 385
 – Verantwortung 355
 Verwaltungsakt 81
 Verwaltungseinheit 363
 Verwaltungsverfahrensgesetz 131
 Verwaltungsverfahrenrecht 286
 Verwaltungsvorschrift 89, 93 ff.
 VGH Kassel 140
 Vielfalt 7
 Vogelschutzrichtlinie 312
 Volkszählungsurteil 358
 Vollzug 12, 401
 Vollzugsdefizit 401
 Von Hayek 7
 Vorbelastung 86
 Vorsorge 11, 82, 148, 154, 218, 319, 342, 368
 Vorsorgegebot 86, 88
 Vorsorgeprinzip 130, 418
 Vorsorgewert 403
 Vorverfahren 133

 Wachstumsvorsorge 174, 320
 Waffengleichheit 128
 Wald 88
 Waldschadensfälle 303
 Wärme 111
 Warnpflicht 215
 Warnung 217f, 225, 227, 288 ff., 326
 Wasser 68, 323
 Wasserbewirtschaftung 383
 Wasserhaushaltsgesetz 98, 306
 Wasserverband 383
 Weimarer Reichsverfassung 41
 Weltgesundheitsorganisation 333
 Wesentlichkeitstheorie 397
 Wettbewerberklage 403
 Wettbewerbsverzerrung 406

 WHO 39
 Widerruf 149
 Wiedergutmachung 301
 Wiederherstellung 305, 349, 375
 – Kosten 339
 – Pflicht 349
 wirtschaftliche Vertretbarkeit 83
 Wirtschaftsinteressen 340
 Wissenschaftlichkeit 332
 Wissenschaftlichkeitsgebot 273
 Wissenschaftsbezug 284, 330
 Wissenschaftspluralität 272
 Wissenslücken 330
 Wohlfahrtsvorsorge 339
 Wohlstand 339
 Wohnbebauung 82
 Wohnungen 145
 Wyhl 156, 166

 Zahlungsbereitschaft 339
 Zeit
 – Dimension 364, 370
 – Horizont 320
 – Knappheit 367
 Zeitlichkeit 11, 365
 Zeitraum 367
 Zentrale Kommission für die biologische Sicherheit 202
 – Beratungsfunktion 203
 – Einzelverfahren 204
 – Öffentlichkeitsfunktion 204 f.
 Zersplitterung der Verantwortung 415
 Zertifikatsmodell 378
 Zertifizierung 109, 223, 227, 286, 363, 388, 411 f., 427
 Zivilgesellschaft 386
 Zivilrecht 269, 326
 Zivilschutz, siehe Kernenergie
 ZKBS 385, 422
 Zuchtmethoden 239
 Zugang zu Gerichten 134
 Zukunftsdimension 433
 Zulassung des vorzeitigen Beginns 371
 Zusatzstoffe 229 f.
 Zuständigkeit 355, 416
 Zuverlässigkeit 115

Jus Publicum

Beiträge zum Öffentlichen Recht – Alphabetische Übersicht

- Axer, Peter*: Normsetzung der Exekutive in der Sozialversicherung. 2000. *Band 49*.
- Bauer, Hartmut*: Die Bundestreue. 1992. *Band 3*.
- Beaucamp, Guy*: Das Konzept der zukunftsfähigen Entwicklung im Recht. 2002. *Band 85*.
- Becker, Joachim*: Transfergerechtigkeit und Verfassung. 2001. *Band 68*.
- Blanke, Hermann-Josef*: Vertrauensschutz im deutschen und europäischen Verwaltungsrecht. 2000. *Band 57*.
- Böhm, Monika*: Der Normmensch. 1996. *Band 16*.
- Bogdandy, Armin von*: Gubernative Rechtsetzung. 2000. *Band 48*.
- Brenner, Michael*: Der Gestaltungsauftrag der Verwaltung in der Europäischen Union. 1996. *Band 14*.
- Britz, Gabriele*: Kulturelle Rechte und Verfassung. 2000. *Band 60*.
- Burgi, Martin*: Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe. 1999. *Band 37*.
- Butzer, Hermann*: Fremdsten in der Sozialversicherung. 2001. *Band 72*.
- Calliess, Christian*: Rechtsstaat und Umweltstaat. 2001. *Band 71*.
- Classen, Claus Dieter*: Die Europäisierung der Verwaltungsgerichtsbarkeit. 1996. *Band 13*.
- Religionsfreiheit und Staatskirchenrecht in der Grundrechtsordnung. 2003. *Band 100*.
- Danwitz, Thomas von*: Verwaltungsrechtliches System und Europäische Integration. 1996. *Band 17*.
- Detterbeck, Steffen*: Streitgegenstand und Entscheidungswirkungen im Öffentlichen Recht. 1995. *Band 11*.
- Di Fabio, Udo*: Risikoentscheidungen im Rechtsstaat. 1994. *Band 8*.
- Dörr, Oliver*: Der europäisierte Rechtsschutzauftrag deutscher Gerichte. 2003. *Band 96*.
- Enders, Christoph*: Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. 1997. *Band 27*.
- Epping, Volker*: Die Außenwirtschaftsfreiheit. 1998. *Band 32*.
- Fehling, Michael*: Verwaltung zwischen Unparteilichkeit und Gestaltungsaufgabe. 2001. *Band 79*.
- Felix, Dagmar*: Einheit der Rechtsordnung. 1998. *Band 34*.
- Fisahn, Andreas*: Demokratie und Öffentlichkeitsbeteiligung. 2002. *Band 84*.
- Frenz, Walter*: Selbstverpflichtungen der Wirtschaft. 2001. *Band 75*.
- Gellermann, Martin*: Grundrechte im einfachgesetzlichen Gewande. 2000. *Band 61*.
- Gröpl, Christoph*: Haushaltsrecht und Reform. 2001. *Band 67*.
- Gröschner, Rolf*: Das Überwachungsrechtsverhältnis. 1992. *Band 4*.
- Groß, Thomas*: Das Kollegialprinzip in der Verwaltungsorganisation. 1999. *Band 45*.
- Grzeszick, Bernd*: Rechte und Ansprüche. 2002. *Band 92*.
- Gurlit, Elke*: Verwaltungsvertrag und Gesetz. 2000. *Band 63*.
- Häde, Ulrich*: Finanzausgleich. 1996. *Band 19*.
- Hase, Friedhelm*: Versicherungsprinzip und sozialer Ausgleich. 2000. *Band 64*.

- Heckmann, Dirk*: Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. 1997. *Band 28*.
- Heisch, Christian*: Die Ausführung der Bundesgesetze durch die Länder. 2001. *Band 77*.
- Hellermann, Johannes*: Örtliche Daseinsvorsorge und gemeindliche Selbstverwaltung. 2000. *Band 54*.
- Hermes, Georg*: Staatliche Infrastrukturverantwortung. 1998. *Band 29*.
- Hösch, Ulrich*: Eigentum und Freiheit. 2000. *Band 56*.
- Hobmann, Harald*: Angemessene Außenhandelsfreiheit im Vergleich. 2002. *Band 89*.
- Holznagel, Bernd*: Rundfunkrecht in Europa. 1996. *Band 18*.
- Horn, Hans-Detlef*: Die grundrechtsunmittelbare Verwaltung. 1999. *Band 42*.
- Huber, Peter-Michael*: Konkurrenzschutz im Verwaltungsrecht. 1991. *Band 1*.
- Hufeld, Ulrich*: Die Vertretung der Behörde. 2003. *Band 102*.
- Huster, Stefan*: Die ethische Neutralität des Staates. 2002. *Band 90*.
- Ibler, Martin*: Rechtspflegender Rechtsschutz im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 43*.
- Jestaedt, Matthias*: Grundrechtsentfaltung im Gesetz. 1999. *Band 50*.
- Kadelbach, Stefan*: Allgemeines Verwaltungsrecht unter europäischem Einfluß. 1999. *Band 36*.
- Kämmerer, Jörn Axel*: Privatisierung. 2001. *Band 73*.
- Kahl, Wolfgang*: Die Staatsaufsicht. 2000. *Band 59*.
- Kaufmann, Marcel*: Untersuchungsgrundsatz und Verwaltungsgerichtsbarkeit. 2002. *Band 91*.
- Kingreen, Thorsten*: Das Sozialstaatsprinzip im europäischen Verfassungsbund. 2003. *Band 97*.
- Kischel, Uwe*: Die Begründung. 2002. *Band 94*.
- Koch, Thorsten*: Der Grundrechtsschutz des Drittbetroffenen. 2000. *Band 62*.
- Koriath, Stefan*: Der Finanzausgleich zwischen Bund und Ländern. 1997. *Band 23*.
- Kluth, Winfried*: Funktionale Selbstverwaltung. 1997. *Band 26*.
- Kugelman, Dieter*: Die informatorische Rechtsstellung des Bürgers. 2001. *Band 65*.
- Langenfeld, Christine*: Integration und kulturelle Identität zugewanderter Minderheiten. 2001. *Band 80*.
- Lebner, Moris*: Einkommensteuerrecht und Sozialhilferecht. 1993. *Band 5*.
- Leisner, Anna*: Kontinuität als Verfassungsprinzip. 2002. *Band 83*.
- Lepsius, Oliver*: Besitz und Sachherrschaft im öffentlichen Recht. 2002. *Band 81*.
- Lorz, Ralph Alexander*: Interorganrespekt im Verfassungsrecht. 2001. *Band 70*.
- Lücke, Jörg*: Vorläufige Staatsakte. 1991. *Band 2*.
- Luthe, Ernst-Wilhelm*: Optimierende Sozialgestaltung. 2001. *Band 69*.
- Mager, Ute*: Einrichtungsgarantien. 2003. *Band 99*.
- Mann, Thomas*: Die öffentlich-rechtliche Gesellschaft. 2002. *Band 93*.
- Manssen, Gerrit*: Privatrechtsgestaltung durch Hoheitsakt. 1994. *Band 9*.
- Masing, Johannes*: Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte. 1998. *Band 30*.
- Mösl, Markus*: Die staatliche Garantie für die öffentliche Sicherheit und Ordnung. 2002. *Band 87*.
- Morgenthaler, Gerd*: Freiheit durch Gesetz. 1999. *Band 40*.
- Morlok, Martin*: Selbstverständnis als Rechtskriterium. 1993. *Band 6*.
- Niedobitek, Matthias*: Das Recht der grenzüberschreitenden Verträge. 2001. *Band 66*.
- Oeter, Stefan*: Integration und Subsidiarität im deutschen Bundesstaatsrecht. 1998. *Band 33*.

- Pache, Eckhard*: Tatbestandliche Abwägung und Beurteilungsspielraum. 2001. *Band 76*.
- Pauly, Walter*: Der Methodenwandel im deutschen Spätkonstitutionalismus. 1993. *Band 7*.
- Pielow, Johann-Christian*: Grundstrukturen öffentlicher Versorgung. 2001. *Band 58*.
- Poscher, Ralf*: Grundrecht als Abwehrrechte. 2003. *Band 98*.
- Publ, Thomas*: Budgetflucht und Haushaltsverfassung. 1996. *Band 15*.
- Reinhardt, Michael*: Konsistente Jurisdiktion. 1997. *Band 24*.
- Remmert, Barbara*: Private Dienstleistungen in staatlichen Verwaltungsverfahren. 2003. *Band 95*.
- Rodi, Michael*: Die Subventionsrechtsordnung. 2000. *Band 52*.
- Rossen, Helge*: Vollzug und Verhandlung. 1999. *Band 39*.
- Rozek, Jochen*: Die Unterscheidung von Eigentumsbindung und Enteignung. 1998. *Band 31*.
- Ruffert, Matthias*: Vorrang der Verfassung und Eigenständigkeit des Privatrechts. 2001. *Band 74*.
- Sacksofsky, Ute*: Umweltschutz durch nicht-steuerliche Abgaben. 2000. *Band 53*.
- Šarčević, Edin*: Das Bundesstaatsprinzip. 2000. *Band 55*.
- Schlette, Volker*: Die Verwaltung als Vertragspartner. 2000. *Band 51*.
- Schmidt-De Caluwe, Reimund*: Der Verwaltungsakt in der Lehre Otto Mayers. 1999. *Band 38*.
- Schroeder, Werner*: Das Gemeinschaftrechtssystem. 2002. *Band 86*.
- Schulte, Martin*: Schlichtes Verwaltungshandeln. 1995. *Band 12*.
- Sobota, Katharina*: Das Prinzip Rechtsstaat. 1997. *Band 22*.
- Sodan, Helge*: Freie Berufe als Leistungserbringer im Recht der gesetzlichen Krankenversicherung. 1997. *Band 20*.
- Sommermann, Karl-Peter*: Staatsziele und Staatszielbestimmungen. 1997. *Band 25*.
- Stoll, Peter-Tobias*: Sicherheit als Aufgabe von Staat und Gesellschaft. 2003. *Band 101*.
- Storr, Stefan*: Der Staat als Unternehmer. 2001. *Band 78*.
- Trute, Hans-Heinrich*: Die Forschung zwischen grundrechtlicher Freiheit und staatlicher Institutionalisierung. 1994. *Band 10*.
- Uerpmann, Robert*: Das öffentliche Interesse. 1999. *Band 47*.
- Unruh, Peter*: Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes. 2002. *Band 82*.
- Wall, Heinrich de*: Die Anwendbarkeit privatrechtlicher Vorschriften im Verwaltungsrecht. 1999. *Band 46*.
- Wolff, Heinrich Amadeus*: Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz. 2000. *Band 44*.
- Volkman, Uwe*: Solidarität – Programm und Prinzip der Verfassung. 1998. *Band 35*.
- Vofskuble, Andreas*: Das Kompensationsprinzip. 1999. *Band 41*.
- Weiß, Wolfgang*: Privatisierung und Staatsaufgaben. 2002. *Band 88*.
- Ziekow, Jan*: Über Freizügigkeit und Aufenthalt. 1997. *Band 21*.

